

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeitspalte oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



Lübecker Volksbote

Nr. 37.

Montag, den 13. Februar 1922.

29. Jahrgang.

Wirth stellt die Vertrauensfrage.

Dr. L. Lübeck, 13. Februar.

Die Wirth'schen Koalitionsparteien — Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum — bilden keine Reichstagsmehrheit. Wenn sie trotzdem das Kabinett tragen können, so hat das seinen Grund in der Verschiebenheit der sogenannten Oppositionsparteien. Es besteht im Reichstag nicht eine große geschlossene Oppositionsgruppe; die äußerste Rechte und die äußerste Linke kämpfen unter sich erbitterter als gegen die Regierung. Die Mißtrauensanträge der einen Oppositionsseite werden stets mit großer Mehrheit abgelehnt, weil nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die andere Oppositionsseite dagegen stimmen.

Um diesen Zustand an einem Beispiel klar zu machen: Die Deutschnationalen brachten einen Mißtrauensantrag ein; dafür stimmten höchstens Deutschnationale und Volkspartei; die Unabhängigen und Kommunisten aber stimmten dagegen, und halfen damit den Regierungsparteien. Gingen dagegen die Kommunisten gegen die Regierung vor, so machte die Rechte des Hauses nicht mit. Wirth lebte also gewissermaßen von abgelehnten Mißtrauensanträgen.

Diesem Zustande wurde in der letzten Reichstagsitzung ein Ende gemacht. Es lagen eine Reihe von Mißtrauensanträgen vor; sie wären — wie jedermann im voraus wußte — ohne Zweifel mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt worden. Aber die Summe aller Stimmen, die bei den verschiedenen Anträgen gegen Wirth abgegeben worden wären, hätten wahrscheinlich die Mehrheit des Hauses dargestellt. Und was hätte dann die deutschnationale Presse für ein Hallo angestimmt: „Wirth kann nicht leben und nicht sterben“, so hätte man überall geschrien. Oder: „Wirth hat nicht mehr die Mehrheit des Reichstages hinter sich.“

Wirth drehte deshalb von vornherein das Spiel um; er zwang seine Gegner zu offenem Kampf. Er erklärte, sich mit abgelehnten Mißtrauensanträgen nicht mehr begnügen zu können, und verlangte eine positive Vertrauensfrage und die Erneuerung der Reichstagsmehrheit. Er stellte also förmlich die Vertrauensfrage — die Abstimmung wurde am Mittwoch vertagt, damit die Fraktionen Zeit haben, alle ihre Mitglieder nach Berlin zu berufen.

Mit dieser Frage hat Wirth das getan, was er schon früher hätte tun müssen. Er zwingt damit die schwankenden Parteien, die immer wollen und nie können, die Volkspartei und die Unabhängigen, Farbe zu bekennen. Er stellt ihnen die Frage: Wollt ihr den Kanzler stürzen oder wollt ihr ihn unterstützen?

Die Volkspartei wird auf diese Frage eine Antwort geben und die Unabhängigen werden ebenfalls antworten müssen. Und diese Antworten werden endlich die Stellung Wirths klären, und ihm den Weg für seine fernere Politik weisen.

Die Unabhängigen sind in einer ziemlich schwierigen Lage; sie billigen die Außenpolitik Wirths, und sie haben auch zu seiner Person Vertrauen. Sie können ihn also nicht stürzen wollen. Nach der scharfen Rede Dittmanns wird es ihnen aber auch nicht leicht sein, für eine ausdrückliche Vertrauensklärung einzutreten. Sie haben bis Mittwoch Zeit, über ihre Verantwortung nachzudenken. Auch darüber werden sie sich klar werden müssen, daß vor ihrer Stellungnahme am Mittwoch für den deutschen Innentour unendlich viel abhängt.

In einer noch viel schlimmeren Lage ist die Volkspartei. Von ihr liegt ein Mißtrauensantrag gegen die Regierungspolitik dem Reichstage vor. Was soll sie nun machen? Für ihren eigenen Antrag muß sie doch wohl stimmen. Damit ist ihr aber auch jede Möglichkeit genommen, die Regierung zu unterstützen. Sie kann die Vertrauensfrage des Kabinetts nur mit einem glatten Nein beantworten. Und dann ist der schöne Traum von der großen Koalition endgültig ausgeträumt. Dann war das Steuerkompromiß nur ein kurzes Zwischenspiel. Dann wird endgültig die ewige Tandelei mit der Volkspartei aufhören; und dann wird endgültig die Politik als zwingend sich einstellen, die seit Monaten in diesen Spalten immer wieder versucht wurde: die Politik einer Linkskoalition einschließlich der Unabhängigen.

Ob diesmal die Unabhängigen klüger sein werden, wie in früheren Fällen, ist ungewiß. Wird Breitscheid den Ausschlag geben, oder Crispian? Die Fiez ist ja nun nicht mehr. Die letzten Nachrichten des Liebesworbens des linken Flügels der USP. mit Paul Lenz sind nicht sehr ermutigend.

Wie alles auch kommen mag, eines ist dieser Tage klar geworden. Diejenigen in unseren Reihen, die an eine innere Umgestaltung der Volkspartei glaubten, haben eine ungeheure Enttäuschung erlebt. Ihre Politik, die in Görlich angefangen hat, und die seither sozial Staub aufwirbelte, hat sich zu Lode gelaufen. Die Volkspartei hat bis heute nicht das geringste Zugeständnis gemacht im Sinne einer Zusammenarbeit mit den Arbeitermassen. Und selbst das Steuerkompromiß mit dem Eisengericht der Zwangsanleihe war für die Volkspartei nicht eine grundsätzliche Einigung auf mittlerer Linie, sondern der Todsapfen, der den verhassten Reichskanzler aufwiegen sollte.

Mögen die Unabhängigen sich so oder so entscheiden, dem Zwange der Verhältnisse können auch sie sich nicht entziehen. Und die wirtschaftliche Entwicklung drängt immer mehr zu dem Zusammenschluß aller Arbeitenden gegen das Großkapital. Und die zwangsläufige Folge dieser Tatsache ist eine Linksorientierung der gesamten Politik.

Zum Schluß möchten wir noch eine Möglichkeit erwähnen, die bei der Mittwochabstimmung sich einstellen kann. Vielleicht tritt die Bayerische Volkspartei (Zentrum) an die Seite der Regierungsparteien. Dann hätte Wirth die nötige Mehrheit auch gegen Unabhängige und Volkspartei. Die Mehrheit wäre aber so gering, und in ihrem neuen Aufbau so unzuverlässig, daß die Entscheidung keine wirkliche Entscheidung wäre, sondern nur ein Aufschieben bis zu einer baldigen neuen Krise.

Deutscher Reichstag.

168. Sitzung.

Berlin, 11. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Präsident Loebe: Die Rede des Abgeordneten Dittmann vor gestern noch nicht beendet, als die Sitzung wegen Unruhe geschlossen wurde. Es ist in dieser Unruhe auch übersehen worden, daß der Abgeordnete Dittmann vom Vizepräsidenten Dietrich auf die Verletzung der Ordnung hingewiesen ist, die in seiner Bemerkung gegenüber dem Reichsverkehrsminister gelegen hat.

Aussprache über den Eisenbahnerstreik.

Dittmann (USP.) freifahrend: Seit gestern sind mir neue Meldungen über Beamtenmaßnahmen zugegangen. Tausende von Beamten sind gemarshiert. Die Berliner Eisenbahndirektion hat nach einer von ihr selbst aufgestellten Liste das Disziplinarverfahren gegen 87 Beamte eingeleitet und ein Nachtrag steht noch aus. Im Eisenbahnbezirk Berlin sind 2500, in Frankfurt a. M. 4000 Eisenbahner gemarshiert worden. Im ganzen Reich gibt es nach Ansicht der Eisenbahnergewerkschaften 25 000 bis 30 000 Gemarshierte. (Hört, hört! links.) Diese Maßnahmen zeigen, welche Anarchie im Reich des Herrn Groener herrscht. Hier handelt es sich in Wirklichkeit um eine

Revolle der höheren Eisenbahnbürokratie;

die renollieren sofort gegen den Reichskanzler selbst. Wird der Reichsverkehrsminister gegen diese rebellierenden Scharmacher Reichsfraks das Disziplinarverfahren einleiten? Hat der Reichskanzler keine Macht gegen die hohe Bürokratie einzuschreiten? Der Geist, der sich da auslebt, ist der Geist des Generals Koch, ist der Geist des Storchentums. Wir verlangen gleiche Behandlung aller Gewerkschaftsbeamten und keine Bevorzugung der Beamten der Reichsgewerkschaft. Die Behauptung des Abgeordneten Berndt, daß während des Streiks sich die Todesfälle vermehrt hätten, stimmt nicht. Im Gegenteil sind in den Streiktagen die Todesfälle zurückgegangen. (Lachen rechts und in der Mitte.) Das Defizit der Reichseisenbahn ist nicht, wie behauptet wird, durch eine falsche Organisation hervorgerufen worden. Das ist kapitalistische Stimmungsmache. In Wahrheit sind es die Kapitalisten, die mit an dem Defizit schuld sind, indem sie wahre

Wahrgewinne für Kohlen und Eisen

nehmen und so das Reich, wie ehemals unter der Militärherrschaft Ludendorffs und Hindenburgs auslaugen. Das Treiben des Herrn Stinnes muß viel mehr demüthigt werden. Stinnes will die Reichseisenbahnen an die Entente veräußern. Er glaubt das um so leichter tun zu können, indem er darauf hinweist, daß durch den Achtstundentag die Fähigkeit der Eisenbahnen vermindert ist. Die „Frankfurter Zeitung“ hat das dunkle Treiben des Herrn Stinnes in London gekennzeichnet. Der Reichstag hat die Pflicht, von seinem Mitglied Stinnes Aufklärung darüber zu verlangen. Wenn sich das bewahrheitet, was bisher in der Öffentlichkeit laut geworden ist, so hat Herr Stinnes eine Handlung begangen, die man in seinen eigenen Reihen als Landes- und Hochverrat bezeichnen sollte. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen Stinnes wäre sehr zweckmäßig. Der Kanzler hat gestern behauptet, daß der Streik große außenpolitische Folgen haben werde. Der Streik hat nur für die Regierung und das Kabinett außenpolitische Folgen. Wenn der Kanzler aber den Bestand

des Kabinetts zu wahren gedenkt dadurch, daß er Beamte und Angestellte zu Sklaven macht, so ist es für uns sehr fraglich, ob wir eine solche Regierung noch unterstützen wollen. Eine Regierung, gestützt auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten stünde auf fester Grundlage und hätte wohl die innere Kraft, mit dem Auslande die Verhandlungen zu führen. Wir wissen, daß wir mit Genau in eine Periode eintreten, die die Ueberschrift führt: „Vereinigung der Großkapitalisten aller Länder zur Ausbeutung der Arbeiterklasse der ganzen Welt.“ Aus dem Streik ziehen wir die Lehre: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch zum Kampf gegen den Kapitalismus und die kapitalistische Staatsgewalt. (Lebhafte Beifall bei den USP. und A.)

Koch (DDP.): Wenn am achtstündigen Arbeitstag festgehalten werden soll, dann muß er auch intensiv ausgenutzt werden. Ganz besonders notwendig ist das bei den Eisenbahnern. Staats- und Gemeindebetriebe dürfen nicht von den darin Beschäftigten lediglich als Ausbeutungsobjekte betrachtet werden. Nur Parteiblintheit kann behaupten, die Streikenden hätten einen Sieg errungen. Die Angaben über Massendisziplinierungen sind übertrieben. Gegen die Streikführer müssen Disziplinarverfahren durchgeführt werden. Der Abgeordnete Wels hätte das Streikrecht der Beamten nach deutlicher Ablehnung müssen. Gegenüber den behauerlichen Ausführungen deselben Redners über die Technische Nothilfe verweise ich auf das Anerkennungs schreiben von etwa 20 sozialdemokratischen Ministern, darunter Severing und Bud. Demokratie darf nicht Schwäche des Landes und seiner Regierung bedeuten.

Präsident Loebe rügt den Abgeordneten Dittmann (USP.) wegen seiner Behauptung, die Deutsche Volkspartei entsende Herrn Stinnes nur deshalb in den Auswärtigen Ausschuss, damit er seine Privatgeschäfte fördern könne.

Zwei Mißtrauensanträge.

Die deutschnationale Fraktion hat folgendes Mißtrauensvotum eingebracht: „Da die Reichsregierung durch ihre bisherige schwächliche Haltung und durch ungenügenden Schutz des pflichttreuen Personals an dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst mitschuldig ist und angesichts der Tatsache, daß beim Eisenbahnerstreik die Taten des Kanzlers nicht mit seinen Worten übereinstimmen, hat der Reichstag nicht die Zurechtweisung, daß die Staatsautorität in den Händen der von dem Reichskanzler Wirth geleiteten Reichsregierung genügend gewahrt ist und verlagert infolgedessen der Regierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf!“

Auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei brachte ein Mißtrauensvotum folgendes Inhalts ein: „Der Reichstag mißbilligt: 1. daß der Herr Reichskanzler die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar gegen offensbare Verstöße nicht angewendet hat; 2. daß der Herr Reichskanzler im Widerspruch mit den Erklärungen der Reichsregierung mit Führern der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und -anwärter verhandelt hat, bevor der Streik beendet war; 3. daß der Reichskanzler in bezug auf die disziplinäre Behandlung von Dienstvergehenszufügen gemacht hat, die namentlich im Zusammenhang mit seiner Rede in der Reichstagsitzung vom 10. Februar geeignet sind, die Staatsautorität zu gefährden und pflichttreue Beamte zu verwirren. Der Reichstag spricht daher dem Reichskanzler Wirth kein Vertrauen aus.“

Reichsverkehrsminister Groener: Schon vor Uebernahme meines Amtes hand das Eisenbahnen nicht mehr auf voller Höhe. (Sehr wahr!) In der Disziplinarfrage befindet sich mich in voller Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Kabinett. (Hört, hört! links.) Ein Versuch, mir die Handhabung der Disziplinarverfahren zu entziehen, ist nicht gemacht worden. Ueber die Frage der Maßnahmen herrscht zwischen dem Kabinett und mir in allen wesentlichen Punkten volle Uebereinstimmung. (Hört, hört!) Alle Eisenbahndirektionspräsidenten haben von mir Anweisungen über die Handhabung der Disziplinarverfahren erhalten. (Zuruf links: Sie sind auch danach!) Möglicherweise sind die Richtlinien noch nicht überall durchgedrungen. Darum sind die Präsidenten von mir nochmals angewiesen, durch persönliche Ueberwachung dafür zu sorgen, daß sich nicht nur die Maßnahmen, sondern auch die Kündigungen streng im Rahmen der Richtlinien halten. Den Anträgen des Herrn Dittmann muß ich widersprechen. Ich habe bis jetzt mit meiner Unterschrift nur einen Antrag auf Entlassung in rund 350 Fällen, davon in Berlin 170. In Berlin ist bis jetzt rund 500 kündbaren Beamter gekündigt worden. Sie sind aber bisher zur Reichsregierung wieder zugelassen worden ohne Rücksicht auf den Ausgang des Disziplinarverfahrens. Nicht wieder in den Dienst aufgenommen sind in Berlin 150 Beamte von rund 30 000 Köpfen. (Zuruf links: Es ist und bleibt ein Skandal!) Lachen bei den bürgerlichen Parteien.) Der Einfluß der Technischen Nothilfe in den Eisenbahnbetrieben war darum so schwierig, weil diese sich in ruhigen Zeiten in den Betrieben nicht umsetzen konnte. Die Verhaftungen einzelner Streikführer in Berlin in den ersten Tagen konnten nicht aufrechterhalten werden, da sie vor der Verkündung der Verordnung des Reichspräsidenten erfolgt waren.

Finanzminister Dr. Hertel (von der Linken mit dem Zuruf begrüßt): „Nicht kommt der Mann, der das Geld bringt!“ Die Anträge des Abgeordneten Dittmann auf die höheren Beamten meines Ministeriums muß ich auf das energischste zurückweisen. Die Beamtengehälter sind hinter der Teuerung nicht zurückge-

Stehen. (Lärm links und Zurufe: „Du läßt!“) Die Beamtengehälter sind doppelt so stark gestiegen, wie die Teuerungsgelöhner des Staatlichen Reichsanstalts. (Zuruf bei den Kommunisten: „Eine unerhörte Dreistigkeit, einen solchen Schwindler hier vorzuführen!“) — Vizepräsident Reiser erteilt dem Zwischenrufer einen Ordnungsruf. Bei den großen Unterschieden zwischen den einzelnen Wirtschaftsklassen des Reiches müssen wir mit gleichmäßigen schematischen Aufstellungen im ganzen Reichsgebiet nachsichtig sein. Es bleibt nur der nunmehr beschrittene Weg, den Arbeiter Teuerungszuschüsse, den Beamten mühselige Wirtschaftshilfen zu gewähren.

Schürmer (BVP.) billigt das Verhalten des Reichskanzlers dem Streit gegenüber und dankt den bayerischen Eisenbahnen, daß sie den Streit nicht mitgemacht haben.

Brach (KPD.): Die Indizes des Herrn Hermes sind keinen Schuß Pulver wert. Die Beweisführung, die sich auf diese Zahlen stützt, beweist gar nichts. Die Technische Nothilfe soll offenbar zur richtigen Streikbrechergarde, zum wirtschaftlichen Gegenstück der Streiktruppen ausgebaut werden. War die Erklärung des Kanzlers zu dem Steuerkompromiß vor 14 Tagen laßt gegenüber den Besetzern, so war die Erklärung des Kanzlers über den Streit sehr gegenüber den Arbeitern. Der Kanzler wird auch gar nicht in der Lage sein, die einzelnen Disziplinarrufe zu verfolgen. Broener und seine Geheimräte werden die Sache schon machen. In der Frage des Streikrechts hat sich der „Vorwärts“ anscheinend wieder eines Besseren besonnen. In der Nationalversammlung magte niemand zu sagen, daß mit dem Koalitionsrecht ein Streikrecht der Beamten nicht verbunden sei. Es war ein rechtslogischer Negationssatz. Der Abg. Cohen, der in der Nationalversammlung betonte, daß keine Fraktion für das volle Koalitionsrecht der Beamten, einschließlich des Streikrechts, einträte, denn wie sollten sich die Beamten schümen, wenn einmal eine reaktionäre Regierung die Rechte der Beamten mit Füßen träte. Wir freuen uns, daß die Verordnung des Reichspräsidenten das Solidaritätsgefühl in der Beamten- und Arbeiterkategorie wachgerufen hat. Der Reichspräsident hat viel an Vertrauen bei den Arbeitern verloren. Hoffentlich ziehen die Arbeiter und Beamten die richtige Lehre aus dem Streit.

Dach (K.): Wären die Schwerte erfährt worden, so wäre es ein leichtes gewesen, die Willkür der Eisenbahnbeamten zu erfüllen. Die Verfassung gewährt den Beamten das Koalitionsrecht. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, das Streikrecht vom Koalitionsrecht zu trennen. Die Lagen sehen anders aus, als die eckelnden Verfassungen des Reichspräsidenten.

Präsident Roebe ruft nachdrücklich die Abg. Höllein und Seydemann (K.) für ihre Zwillenrufe zur Ordnung.

Bender (SD.): Die sozialdemokratische Fraktion kann den kommunikativen Einträgen ihre Zustimmung nicht geben, da sie bereits aufgehobene Maßnahmen betreffen. Wir stimmen mit dieser Partei darin überein, daß alle beschlagnahmten Streik- und Gewerkschaftsgüter freigegeben und die vorgenommenen Verfügungen rückwärts aufgehoben werden müssen. Durch die Zustimmung der Regierung erlöschen die Anträge. Der Mißbilligung einzelner Regierungshandlungen werden wir nicht zustimmen, da die Verordnungen des Reichspräsidenten aufgehoben sind. Die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsbereitschaft nach einer Erklärung des Kanzlers gemeinsam mit den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter beraten werden soll. (Hört, hört! links.) Dann hat sich der Reichskanzler Wirth dafür verbündet, daß die Maßnahmen einzelner Streikbrecher nicht zu einer Rache- und Schikanenpolitik führen sollen. Wir werden den Kanzler unterstützen und verlangen, daß er im Sinne seiner Erklärungen handelt. (Beifall bei den SD.)

Stresemann (DVP.): Die Vorwürfe des Abgeordneten Dittmann gegen den Abgeordneten Stinnes und gegen die Deutschen Volkspartei, wonach die Volkspartei den Abgeordneten Stinnes zum Mittels des Auswärtigen Ausschusses bestimmt habe, um keine Privatangelegenheiten zu fördern, weisen wir enerisch zurück. Der Abg. Stinnes hat eine große Erklärung an die „Frankfurter Zeitung“ geliefert. Im übrigen hat der Abg. Stinnes vor keiner Rede nach London den Reichskanzler über Zweck und Ziel eingehend informiert und auch nach seiner Rückkehr den Kanzler wie den Minister Rathenau über seine Verhandlungen in London eingehend unterrichtet. Wenn Sie (nach links) glauben, daß die Verhandlungen in London den Interessen des Staates zuwider laufen, müßten Sie sich zunächst bei den obengenannten Stellen erkundigen.

Dittmann (USP.): Der Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ ist so unvollständig, daß der Deutsche Reichstag darüber unbedingt Aufklärung haben muß, jama! die „Frankfurter Zeitung“ ein ganz anderes Bild und kein „Miesbacher Anzeiger“ ist. Das ganze Verhalten des Herrn Stinnes im Auswärtigen Ausschusse hat auf mich den Eindruck gemacht, daß er politische Informationen benutzt hat, um seine internationalen Geschäfte besser zu machen. Die Antworten der Minister Stöcker und Herzog sind nicht befriedigend. Bei den Eisenbahnern herrscht eine so erbitterte Stimmung, daß mit einem Wiederanschluß des Streiks zu rechnen ist. Nehmen Sie die Faktenlagen in Betracht, sonst tragen Sie (zur Regierungsbank) die Verantwortung für die Folgen.

Rosen (KPD.) begründet den Antrag seiner Fraktion zu dem Antrag Agnes und Genossen. Die Erklärungen der Reichsregierung entsprechen nicht der Auffassung des Reichstags. Reichskanzler Dr. Wirth: Keiner der 5 vorliegenden Anträge ist genehmigt. Im Sinne eines Wiederantritts zu finden. Die Regierung braucht jedoch volle Klarheit, daher erlaube ich die Parteien, ein politisches Vertrauensvotum anzunehmen.

Watz (Z.): Da es angesichts dieser Erklärung dringend notwendig ist, daß allen Mitwirkenden des Reichstags die Möglichkeit gegeben wird, an den Abstimmungen teilzunehmen, da aber diese Möglichkeit derzeit noch nicht gegeben ist, beantragt die Kommission bis Mittwoch nachmittag zu vertragen.

Behre (USP.) widerlegt diesen Antrag und dem parlamentarischen Aufgebau.

„Der Reichstag billigt die Erklärungen der Regierung.“

Darauf wird der Antrag Watz gegen die Stimmen der USP und KPD angenommen.

Präsident Roebe erklärt, daß die Abstimmung am Mittwoch nachmittag 4 Uhr stattfinden werde.

Nächste Sitzung Dienstag, 3 Uhr: Anträge, Reichsmittelgesetz, Reichsrecht. — Schluss 6 1/2 Uhr.

Das Ergebnis von Washington.

Berlin, 12. Februar.

Die Verhandlungen von Washington haben ihr Ende erreicht. Ihre Tagungsperiode erstreckte sich auf etwa 4 1/2 Jahre. Auf dem europäischen Festlande sah man den Verhandlungen mit geringem Interesse entgegen. Heute lautet das allgemeine Urteil allgemein günstig. Man hat nun großen Teil eingesehen, daß hinter den Vereinigten Staaten nicht nur der Klapphaken, sondern auch ein Deal liegt. Dieses Deal ist der Pazifismus. Es ist ein höchst abstrakter Pazifismus. Kriege und Kriegszustände verdrängen sich, also ist es besser, Kriege zu vermeiden. Kriege vermeiden kann am leichtesten der Staat und Reich, wenn er kein Hebergewicht hat in die Welt...

schale wirkt. Brauch der Reichen und Staaten Europas vor dem Kriege war es, dem Reichthum in militärischen Rüstungen anzulegen! Die Vereinigten Staaten haben (in diesem Maße zum ersten Male in der Weltgeschichte) mit dieser Sittlichkeit gebrochen. Sie übten kraft ihres wirtschaftlichen Uebergewichts auf die Weltvererber einen Druck aus, um sie zu Rüstungsbeschränkungen zu veranlassen. Gewiß, Seere und Flotten bleiben auch in Zukunft bestehen, aber Ausmaß und Tempo der Rüstungen werden wesentlich herabgesetzt. Bis 1936 tritt zunächst einmal eine Kuppelpause für größere Flottenbauten ein. Dem Rüstungsstieber wird ein Ende gemacht. Damit wird mit dem verhängnisvollen Grundpaß aus den Zeiten der römischen Welt Herrschaft aufgeräumt: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.“

Wanderort wird ausgerechnet, daß auf Grund des verminderten Flottenprogramms, wie es in Washington festgelegt wurde, bewaffnete Konflikte ausgeschlossen seien; es wird darauf hingewiesen, daß die kleineren Flotteneinheiten einen recht großen Bewegungsspielraum freigegeben und daß die völkerrechtlichen Abmachungen über die Beschränkung der U-Boot-Waffe im Kriegsfalle nur auf dem Papier steht. Das sind Fragen, deren Erörterung man bis ins Unerlöbliche ausdehnen kann. Bis in die letzten Konsequenzen verfocht, müßte das zu der Ansicht führen, daß Abrüstung überhaupt nutzlos ist. Denn selbst wenn alle die letzten Waffen vernichtet sind, mit Holzkeulen könnte man die Menschheit von neuem aufeinander loslassen. Aber derartige Erörterungen sind gänzlich nutzlos und nur aus der europäischer Einstellung heraus denkbar. Man muß sich von der Bahnvorstellung befreien, daß ein gesunder Pazifismus politisch eine Utopie ist, wenn man die Tragweite der Konferenz von Washington überblicken will.

Tatsächlich die Schwierigkeit der Konferenz von Washington lag nicht in den Abrüstungsfragen, sondern in dem wirtschaftlichen Problem, wie es sich weniger im Stillen Ozean, als in China im Laufe der letzten Jahrzehnte verdrängt hat. Hier prallten zum ersten Male die westeuropäischen Kolonialismen mit den amerikanischen zusammen. England, Deutschland, Frankreich und Japan, sie alle konnten sich die Kolonisation, die wirtschaftliche Durchdringung nicht ohne Beschränkung von Land denken. Die Weltwirtschaft Europas gründete sich auf den Begriff der militärischen Macht; ja, der Besitz, Landraub, war die erste Voraussetzung für wirtschaftliche Expansionen. Es war die typisch auf den Krieg eingestellte Politik.

Ganz anders die Vereinigten Staaten. Dem Staat als solchen lag nicht das geringste am Landbesitz. Privatangelegenheit jedes einzelnen war es, sich außerhalb seines Staatsgebietes Land- und wirtschaftlichen Einfluß zu erwerben. Man ließ der Entwicklung keinen Raum aus dem gebundenen Optimismus heraus; der wirtschaftlich Kräftigste blieb letzten Endes Sieger, auch wenn ihm nicht Bajonettspiken den Weg bahnten. Nur so kann man es verstehen, wenn die Vereinigten Staaten jede außenpolitische Belastung ablehnen; es ist weniger der Grund, sich nicht in fremde Verhältnisse einzumischen, als eine gewisse an Verachtung grenzende Abneigung gegen Politik überhaupt. Es war deshalb ein sehr bezeichnendes Mißverständnis, wenn die Elemente auf den Vorläufigen Friedenskonferenzen den Vereinigten Staaten das Protektorat über Armenien anbot. Wilson machte von der europäischen Politik überfahren werden, das amerikanische Volk als solches konnte nur mit Mitleid an dem Angebot vorbeigehen.

In China also fanden die von keinem Soldaten bewachten Interessen der amerikanischen Unternehmer dem staatlich geschützten Einfluß der anderen außerchinesischen Nationen gegenüber wobei nach Ueberwältigung Deutschlands der von den Militärs stark getragene Ausbehnungsdrang Japans in den Vordergrund gelangte und jede andere friedliche Ausdehnung fortzuführen drohte. Darin lag man allgemein den Grund für einen künftigen Krieg zwischen Amerika und Japan und tatsächlich mußte die Konferenz von Washington der Hauptache nach scheitern, wenn in dieser Frage kein Ausgleich gefunden wurde. Dieser Ausgleich konnte aber nur das Prinzip der offenen Türe, die von militärischen Rüstungsbeschränkungen freie wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen in China sein. Wen kann es Wunder nehmen, daß diese außerordentliche Verwickelte, in die japanischen Interessen sehr empfindliche eingreifende Frage Monate in Anspruch nahm, bis ein Uebereinkommen geschlossen werden konnte. Auch hier haben die Vereinigten Staaten im Prinzip einen vollen Sieg davongetragen. Japan wird keine Truppen aus China zurückziehen, es wird das deutsche Erbe Kiautschuan an sein Mutterland zurückzugeben, wie auch England und Frankreich sich verpflichtet haben, ihre chinesischen Pachtungen an den Eigentümer zurückzugeben. Mißtrauliche Gemüter betonen, daß wie in der Atlantikfrage, auch in dem Problem des ferneren Ostens eine Reihe von Punkten nicht beantwortet wurde. Konfliktpunkte bleiben jedoch bestehen, aber die wird es immer geben. Das meiste ist, was dem Geiste der Staatsmänner und Völker befehl ist, die sie aus dem Wege zu räumen haben. Washington hat gezeigt, daß es auch heute noch und bereits heute möglich ist, ohne Kriegszustände und Probemobilisierungen zum Ziele zu kommen. Wenn die Verantwortlichen die sich in Genua versammelten, etwas von diesem Geiste mitbringen, und nicht durch Außenleiter in ihrer Arbeit behindert werden, darf Europa aufatmen.

England gegen die Vertagung von Genua.

Paris, 13. Februar.

Nach einer Havasmeldung aus London war gestern nachmittag nicht voraussehen, wann die englische Regierung das französische Memorandum über die Konferenz von Genua beantwortet und von welcher Tragweite ihre Antwort sein werde. Man erhält indessen den Eindruck, daß die Antwort erst nach verhältnismäßig langer Zeit erfolgen werde und daß Lloyd George und die Kabinettsmehrheit, die für die Konferenz von Genua seien, grundsätzlich keine Ausschließung der Konferenz wollen. In der Umgebung Lloyd Georges ist dem Vernehmen nach vor allem der Standpunkt vertreten, daß bei dem Bemühen, das Gleichgewicht der allgemeinen Wirtschaftslage wieder herzustellen, keine Zeit zu verlieren sei, und daß infolgedessen der für die Eröffnung der Konferenz vorgesehene Zeitpunkt festgehalten werden müsse, wenn nicht Italien selbst einen Aufschub verlange.

Konferenzvorbereitungen in Paris und London.

Paris, 13. Februar.

Zur Vorbereitung der Konferenz von Genua wurden vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten zwei Ausschüsse eingesetzt. Dem einen, der unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Serbonnet steht, gehören zur Beamten im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten an. Der andere setzt sich aus dem Vertreter des Finanz- und Handelsministeriums, aus der französischen Abteilung des Völkerbundes, ferner aus Vertretern führender wirtschaftlicher und finanzieller Gesellschaften, der Kreditinstitute und des Verbandes der Kaufmannsvereinigungen zusammen.

Die internationale Arbeiterkchaft in Genua.

S.P.D. Berlin, 11. Februar.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten, am 3. und 4. Februar in Amsterdam abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß bezüglich der Konferenz in Genua gefaßt: „In Anbetracht dessen, daß die internationale organisierte Arbeiterkchaft die Pflicht hat, ihre Stimme zur Zeit der Konferenz in Genua Gehör zu verschaffen, wird eine besondere Konferenz durch den internationalen Gewerkschaftsbund nach dem gleichen Ort und zu gleicher Zeit, wo die offizielle Konferenz stattfinden wird, einberufen werden.“

In dieser Konferenz werden teilnehmen: Das Exekutivkomitee des internationalen Gewerkschaftsbundes — das heißt außer dem Bureau je ein Delegierter für jede der 10 Gruppen, aus denen die der Gewerkschaftsinternationale angehörnden Zentralen zusammengesetzt sind — je ein Delegierter für den Gewerkschaftsbund eines jeden Landes, ferner die Sekretäre der wichtigsten internationalen Fachverbände.

Desgleichen wurde in der gleichen Sitzung des Gewerkschaftsbundes die Tagesordnung des allgemeinen internationalen Kongresses, der im April in Rom stattfinden wird, wie folgt festgelegt:

1. Achtstundentag und wirtschaftliche Reaktion;
 2. Europas ökonomischer Wiederaufbau;
 3. europäischer Antimilitarismus und Arbeiterklasse.
- Ferner befahte sich das Bureau mit den bereits erzielten Ergebnissen der Hilisation des internationalen Gewerkschaftsbundes für das Hungerjahr 1920. Schon jetzt ist Hilfe für 3000 Kinder durch die Sonderdelegation des Bundes gesichert. Die Gewerkschaftsinternationale wird auf die Weise vorkahren und richtet einen neuen dringenden Appell zur Hilfe an die in ihren Verbänden organisierten Proletariatsmassen“.

Die Krönung Pius XI.

Rom, 13. Februar.

Gestern vormittag fand in St. Peter die heilige Zeremonie der Krönung Pius XI. statt. Außer seiner Familie und den kirchlichen Würdenträgern wohnten das beim päpstlichen Stuhl beurlaubte diplomatische Korps und nahezu 50 000 Personen der Krönung bei. Nach der Krönung erteilte der Papst vom äußeren Balkon der Basilika der auf dem Platz vor der Kirche harrenden Volksmenge den Segen. Das Volk jubelte ihm an, während die auf dem Platz aufgestellten Truppen präsentierten.

Ein Zweimillionenkredit für Oesterreich.

Wien, 11. Februar.

Amlich ist der österreichischen Regierung von der Wiener englischen Gesandtschaft mitgeteilt worden, daß die englische Regierung beschlossen habe, Oesterreich einen Kreditvorschlag von 2 Millionen Pfund zu bewilligen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die englische Regierung die Bewerdung dieses Kredits unter starker Kontrolle stellen wird, um zu verhindern, daß dieser Kredit wie der frühere 48 Millionen-Dollarkredit einfach ausgegeben wird.

Die Massenausperrungen in Kopenhagen.

Kopenhagen, 13. Februar.

Von der angekündigten Ausperrung der Arbeiter, die am 14. Februar abends eintreten soll, sind ausgeschlossen die Wasserwerke, Elektrizitäts- und Gasarbeiter, ferner der Holzindustrieverband, der Schneiderverband, der Gürtler- und Formverband und die Heizer, welche den Vermittlungsvorschlag angenommen haben. Trotzdem die Ausperrung auch die Kopenhagener Buchdrucker betrifft, sind die Zeitungen davon ausgenommen. Die Ausperrung umfaßt 170 000 Mann, wovon 70 000 bereits arbeitslos sind.

Vertilgung der Kriegshinterbliebenen.

Familienunterstützung und Hinterbliebenenfürsorge.

Vielfach sind Zweifel darüber entstanden, ob die durch das Reichsverteidigungsgesetz bewilligten höheren Hinterbliebenenbezüge auch zur Deckung derjenigen Familienunterstützungen verwendet werden können, die für die Zeit vor dem 1. April 1920 vorläufigweise gezahlt wurden. Der Reichsarbeitsminister hat diese Frage verneint, und der Reichsfinanzminister ist dieser Auffassung beizutreten.

Hiernach sind (auf Grund einer Veräußerung des preußischen Ministers des Innern, die der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt) in Fällen, in denen Familienunterstützungen in Erwartung der Bewilligung von Hinterbliebenenbezügen für die Zeit vor wie nach dem 1. April gezahlt wurden, zur Deckung dieser Vorzuschüsse, soweit sie für die Zeit vor dem 1. April 1920 bewilligt wurden, nur die bis dahin zuständigen geringeren Hinterbliebenenbezüge nebst etwaigen Teuerungszuschüssen heranzuziehen; zur Deckung der weiteren Vorzuschüsse dürfen nur die seit dem 1. April 1920 zuständigen höheren Hinterbliebenenbezüge und Teuerungszuschüsse herangezogen werden. Familienunterstützungen, die durch dieses Verfahren nicht gedeckt sind, werden dem Reich in Rechnung gestellt. Fälle, in denen bereits anders verfahren wurde, sind als erledigt zu betrachten; dagegen sind noch schwebende Fälle nach vorstehenden Bestimmungen zu behandeln.

Königlicher als der König.

Der Nationalverband deutscher Offiziere erklärt zu dem Brief des früheren Kronprinzen an den Geheimrat Fern, daß der Verband über manche Dinge, z. B. über das Recht und die Pflicht der Dynastie, sich zum Wohle des ganzen Volkes durchzusetzen, über die Bedeutung des Arbeiterstandes innerhalb des Volksganzen und über die Ursachen des Zusammenbruchs in mander Beziehung anders denke als der Kronprinz. Da hat Friedrich Wilhelm dem Felt mea. Er hat die Arbeiter überhört eingeschätzt, hat nicht genug Volkstrostlegende verbreitet und ist vor allem nicht monarchistisch genug gewesen. So war der schlappe Karl schon im Kriege. Schon damals hat Ludendorff dem Grafen Schernin erzählen müssen, der Kronprinz habe die Nerven verloren, aber er habe ihn wieder aufgepumpt. Jetzt kann nicht einmal der N. O. D. den früheren Kronprinzen wieder aufpumpen. Wo findet man nun einen brauchbaren Kronprinzentien? Wie war es mit dem dicken Eitel Friedrich?

Frankreichs Wiederaufbaupolitik.

In der französischen Kammer verkehrte sich der Abgeordnete Loucheur gegen die Behauptung des sozialistischen Abgeordneten des Norddepartements Inghels, die Industriellen des Norddepartements seien bei der Entschädigung bevorzugt worden. Loucheur sagte, er habe die den Industriellen gezahlten Summen um 5 Milliarden zu hoch angegeben. Die Schäden der Industrie nach dem Vorkriegswert hätten ungefähr 6½ Milliarden Franken betragen, das bedeute nach dem augenblicklichen Wert 24 bis 25 Milliarden Franken. Bis zum 31. Dezember 1921 hätten die Industriellen erhalten 11 Milliarden 120 Millionen, also 45 Prozent ihrer Schäden. Auf von ihnen garantierte Anleihen hätten sie erhalten 1800 Millionen. Nach Loucheur sind die Verluste der kleinen Geschädigten, die sich auf 2 Milliarden 900 Millionen Vorkriegswert belaufen, also 9400 Millionen augenblicklichen Wertes, am 31. Dezember 1921 zu 60 Prozent nachgeprüft gewesen.

Der Minister für die befreiten Gebiete, Renbel, der den Ausführungen Loucheurs zustimmte, erklärte, sein Hauptprogramm für den Wiederaufbau bleibe dasselbe wie das seines Vorgängers. Die von dem sozialistischen Abgeordneten Inghels verlangte Enquete lehne er ab. Die Ziffern bewiesen, daß alles getan worden sei. 250 000 Gebäude seien im Wiederaufbaubereich zerstört, 422 000 beschädigt gewesen. Am 1. Januar 1921 seien 273 000 Häuser teils repariert, teils wieder aufgebaut gewesen, am 1. Januar 1922 335 979, 53 000 Kilometer Wege seien zerstört gewesen, 31 865 Kilometer seien davon wiederhergestellt. 1112 Kilometer Schiffschiffen seien in Unordnung gebracht worden. Davon seien am 1. Januar 1922 1027 Kilometer wieder instand gesetzt gewesen. Von den Fabriken, die mehr als 20 Personen beschäftigten, seien 4084 zerstört gewesen. Bis zum 1. Januar 1921 habe man 3543, bis zum 1. Januar 1922 3926 aufgebaut. 80 Prozent der Fabriken hätten mit der Produktion wieder begonnen. Sie beschäftigten 423 224 Arbeiter. Das bebaut Land, das zerstört worden sei, betrage 3 127 000 Hektar. Am 1. Januar 1921 seien wieder urbar gemacht worden 2 813 000 Hektar, am 1. Januar 1922 2 900 000 Hektar. Das Gesamtgebiet der bereits am 1. Januar 1922 bebauten Landfläche betrage 1½ Millionen Hektar.

Minister Renbel sagte, seine allgemeine Politik sei die Politik des Abkommens von Wiesbaden. Wenn man von Sachlieferungen spreche, spreche man nicht von einem Verzicht. Wenn man davon überzeugt sei, daß Deutschland nicht alles in Geld bezahlen könne, müsse man den Grundsatz der Naturallieferungen annehmen. Das Abkommen von Wiesbaden unterliege der Prüfung der Reparationskommission und der alliierten Regierungen. Wenn es nicht angenommen werde, bedeute das noch lange nicht, daß keine Sachlieferungen erfolgen würden. Die jetzige Regierung werde die Annahme des Abkommens von den alliierten Regierungen verlangen. Es seien Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, denn man müsse bedenken, daß die deutschen Arbeiter weniger verdienten und auch die Entwertung der Mark in Rechnung stellen.

Sowjetrußland am Scheidewege?

Wie haben bereits wiederholt auf die Versuche von sowjetischer Seite hingewiesen, in Genua zwei Eisen unter Feuer zu halten. Man droht damit, sich mit Frankreich zu verbinden, wenn die Wirtschaftsverhandlungen mit den anderen westeuropäischen Staaten nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen sollten. In Frankreich greift man natürlich diese Parole begierig auf, und es ist weiter nicht verwunderlich, wenn der „Temps“ plötzlich sein warmes Herz für Sowjetrußland entdekt. Bemerkenswert ist es aber immerhin, wenn die Berliner Mission der Sowjetregierung diesen Ball aufhängt und einem Vertreter des „Dt-Express“ erklärt, man sei der Ansicht, daß zwischen jenen Äußerungen des offiziellen „Temps“ und der Politik Poincares nur ein scheinbarer Gegensatz bestehe. Die französische Bourgeoisie strebe nach Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland, fühle sich jedoch beengt durch das hartnäckige Bestreben Englands, die Führung in dieser Angelegenheit zu behalten. Indem Poincare der Genueser Konferenz entgegenarbeite, bezwecke er einer Vermittlung Lloyd Georges aus dem Wege zu gehen und eine selbständige Politik in der russischen Frage zu treiben. Die Sowjetregierung ihrerseits sei jederzeit bereit, wirtschaftlichen Verhandlungsversuchen die Wege zu ebnen, von welchen Staaten sie auch ausgehen mögen. Sowjetrußland scheint also auch in dieser Frage die so beliebte Politik des doppelten Bodens spielen zu wollen, durch die bisher jede positive Zusammenarbeit unmöglich gemacht wurde. Wir glauben die russischen Andeutungen in diesem Falle nicht sonderlich ernst nehmen zu müssen. Aber wenn sich die Sowjetregierung ihrer Tradition gemäß wiederum durchaus zwischen zwei Stühlen setzen will — — Wer vom Papst Liebesgaben annimmt, stirbt daran.

Der vierte allrussische Justizkongreß, über den wir berichteten, ist geschlossen worden. Der Kongreß hat eine Reihe von Resolutionen über das Gerichtsverfahren, die Vorbildung der Justizbeamten, die Wiederzulassung der Anwaltschaft und über das Notariatswesen angenommen. Sonderauschüsse sind mit der Redaktion der verschiedenen Anträge und Resolutionen betraut worden. In einem Interview mit der russischen Radio-Agentur „Wostnik“ ergreift beziehungsweise Tschischikowa zur Frage der russischen Justizreform das Wort. Er sagte, die gesetzgeberischen Arbeiten seien im vollen Gange, die Zentralorgane lassen sich bei der Arbeit am neuen Zivil- und Strafrecht von den fortschrittlichen Ideen der Rechtswissenschaft leiten: der Verbrecher soll nicht bestraft, sondern gebessert werden. Die Regierung warte die nötige Fertigstellung der Gesetze nicht ab, sondern überweist die Entwürfe dem Rat der Volkskommission und dem allrussischen Zentralratulomtee, damit sie schon jetzt in einzelnen Fällen angewandt werden können. Das Recht, Requisitionen und Konfiskationen vorzunehmen, wird beschränkt. Das zivilrechtliche Obligationenrecht ist bereits ausgearbeitet und soll in aller nächster Zeit zur Anwendung kommen. Die Bestimmungen über das Gerichtsverfahren in Zivil- und Strafsachen werden mit großer Genauigkeit ausgearbeitet. Das Verfahren soll seinen einfachen vollständigen Charakter beibehalten, aber mit legalen Garantien ausgestattet werden.

Die Republik ohne Republikaner?

Von Dr. Werner Preiser.

S.A.K. In der „Vossischen Zeitung“ machte kürzlich jemand den Vorschlag, die Republik solle nicht ganz auf jenes Ordenswesen verzichten, dem das gestürzte System einen

wesentlichen Teil seiner äußeren Erfolge zu danken gehabt habe. Also zu lesen in einem demokratischen Blatte! Sind die Spottgeister aller Märchenwelten lebendig geworden, oder will ein Satiriker Stoff sammeln für ein Drama, das seinen Schöpfer in den Rang eines Aristophanes der deutschen Republik erheben würde? Vernünftigerweise wandten sich andere demokratische Kreise des Bürgertums gegen diesen Plan, der mit vollem Recht in der nationalpolitischen Presse als von einem demokratischen Blatt herkommend geachtet wurde.

Nicht überall sieht es so traurig aus wie in den Gehirnen jener, die der Republik durch unzeitgemäße Vorschläge traurige Dienste erweisen. Allenfalls machen sich Bestrebungen geltend, die berechtigte Rückschlüsse auf ein Erstarken des republikanischen Geistes in Deutschland zulassen. In der letzten Zeit haben sich in kurzer Aufeinanderfolge drei republikanische Bünde konstituiert, die, wenn sie auch nur Teile ihres schönen Programms erfüllen, wesentlich zu einer Konsolidierung der republikanischen Ideen in Deutschland beitragen können. Richter, Lehrer und — last not least — Pfarrer haben sich auf republikanischer Basis zusammengeschlossen, und bei aller Sympathie für den pazifistischen Gedanken bleibt zu hoffen, daß ihre Aufbauorganisationen im rechten Augenblick die Kraft aufbringen werden, sich zu Kampf- und Abwehrorganisationen umzugestalten.

Die Republik braucht keine Orden. Nach wie vor besteht ihre Stärke. Wir verbinden mit dem Begriff Volk keine majestätische Vorstellung. Wir huldigen ihm nicht als dem Ausgewählten der Erde. Aber wir begreifen es als ein Gewaltiges, als ein Schöpferisches, wie lieben es, ohne seine Schwächen zu verkennen, wie Shakespeare sie in seiner großen Anklagerede des Marc Anton im Cäsar geachtet hat.

Darin liegt — trotz allem — die Größe der deutschen Arbeiterbewegung: daß alle ihre Kämpfe sich auf dem als selbstverständlich vorausgesetzten Boden der Republik bewegen. Jene Staatsverdrossenheit, die noch Bismarck gestiftet, jene Gleichgültigkeit staatlichem Geschehen gegenüber, die der Humanismus des 18. Jahrhunderts an den Tag legte, bis Hegel gewaltig Breche in sie schlug — sie sind dem modernen Proletariat fremd. Es verneint den Staat, soweit er monarchistisch ist. Es bekämpft ihn, soweit er sich zugunsten privilegierter Klassen der Demokratie widersetzt. Aber es sucht und trägt ihn, soweit er Dienste an der Menschheit zu verrichten gewillt ist.

Flaggen tragen, dynastische Dinge, Probleme der Aristokratie und der Oligarchie — das alles sind fremdlich begrüßte Anlässe für unsere Monarchisten, um dem republikanischen Gedanken die Fehde anzufangen und ihn als im Widerspruch mit dem Mehrheitswillen des Volkes befindlich zu bezeichnen. Haben die Republikaner alles getan, um diesem Vorwurf zu begegnen? Noch nicht; aber sie stehen im Begriff es zu tun.

Die Novemberrevolution stand nicht im Zeichen jener Begeisterung, die der großen Freiheitsbewegung des französischen Bürgertums im Jahre 1789, oder den deutschen Märzkämpfern von 1848 den Stempel ausdrückte. Sie stand im Zeichen des Zusammenbruchs der Verweilung. Jene Erscheinungen sind noch nicht überwunden, und ob der Weg — nach Cannes oder Genua — aufwärts führen wird, wissen wir nicht. Aber wir wissen, daß der Staatsgedanke, das Staatsverständnis des deutschen Proletariats mächtig gewachsen ist. Hieran ändern auch nichts Crispinens, des unabhängigen Vorkämpfers vielbeschäftigter Worte in Leipzig, das Proletariat fenne kein Deutschland, sein Vaterland sei die Erde.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat ein Interesse daran, der Welt zu zeigen, daß das nationalpolitische Wort von der Republik, die keine Republikaner herge, eine Lüge ist. Die deutsche Arbeiterklasse fühlt sich als Trägerin des republikanischen Gedankens, und sie kann es nur begrüßen, wenn auch das demokratische Bürgertum sich zu ihm bekennt. In jenem oben zitierten Artikel der „Vossischen Zeitung“ sprach der Verfasser sein Bedauern darüber aus, daß niemand Notiz davon nehme, wenn der Reichspräsident durch eine Seiten- tüt die Oper oder einen Versammlungsraum betrete. Wir, denen der sozialistisch-republikanische Reichspräsident wahrlich näher steht als dem noch immer widerstrebenden Bürgertum, verzichten auf Apotheosen und äußere Manifestationen, Ueberbleibsel einer byzantinischen Zeit.

Die deutschen Sozialisten sind Republikaner, und sie haben keine Ursache, sich dieser Tatsache zu schämen. In den Januartagen 1919 legten sie ihre Feuerprobe ab, als die breite, die namenlose Masse in Berlin mit ihren Leibern die Regierungsviertel schückte, die im Amtsräum kommunistischer Putz- taktiker überrannt werden sollten. Zum zweitenmal legte das arbeitende Volk ein glühendes Bekenntnis zur Republik ab, als es durch gewaltige Demonstrationen, durch einheitlich geführten Generalstreik die Kapp-Verbrecher zu Boden zwang. Die Republikaner werden wieder da sein, wenn man ihrer bedarf. Dann aber, wenn sie auf ihre Posten treten, wird man — wie in den Novembertagen 1918 — vergeblich fragen, wo die Stützen von Thron und Altar, wo die Herren preußischer Ueberlieferung, wo die geblieben sind, die sich noch immer mit zu fernem deutschen Geschicks berufen fühlen.

Das neue Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz.

Von Friedrich Klees.

S.A.K. Einschneidende Veränderungen auf dem Gebiete der Rechtsprechung in Arbeitsverhältnissen sind durch das Gesetz vom 14. Januar 1922 eingetreten. Es verheißt das Gewerbe- und das Kaufmannsgerichtsgesetz in mancher Richtung. Allerdings befriedigt es noch nicht die berechtigten Forderungen, die auf diesem Gebiete aufzustellen sind. An den hauptsächlichsten Mängeln, nämlich daß die hier in Frage stehenden Gerichte nur für Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern obligatorisch und nur für gewerbliche Arbeiter und Handlungsgehilfen zuständig sind, wird nichts geändert. Im allgemeinen suchen die Änderungen die Tätigkeit jener Gerichte der Geldentwertung, den neueren demokratischen Anschauungen und der Entwicklung des Arbeiterrechts anzupassen.

Junächst ist die sachliche Zuständigkeit der Gerichte erweitert worden. Die Betriebsbeamten, Wermeister, Handlungsgehilfen usw. können nunmehr vor den Gerichten klagen, wenn ihr Jahres- und Arbeitsverdienst an Lohn und Gehalt hunderttausend Mark nicht übersteigt.

Weiter sind die Gerichte nicht nur wie bisher für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern, Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen usw. einerseits und „ihren“ Arbeitgebern andererseits zuständig. Das Wort „ihren“ ist gestrichen worden, so daß hier größerer Spielraum geschaffen worden ist. Es kann also, wenn sonst die Zuständigkeit des Gerichts gegeben ist, der Arbeiter usw. auch einmal gegen einen anderen als „seinen“ Arbeitgeber klagen. Die Gerichte können nunmehr auch Streitigkeiten entscheiden über Erteilung, Form und Inhalt einer Auskunft des Arbeitgebers über den Arbeiter“ oder über den Handlungsgehilfen oder Handlungslehrling. Ueber Schadenersatzansprüche können die Gerichte nunmehr auch entscheiden, wenn sie sich stützen auf geschuldete oder unrichtige Eintragungen in „Auskunftslisten der Angehörigenversicherung, Steuerlisten und ähnliche Urkunden, ferner wegen Einholung, Erteilung, Verweigerung, Form oder Inhalt einer Auskunft des Arbeitgebers über den Arbeiter.“ Neu ist auch, daß die Gerichte nunmehr zuständig sind über die Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch die der Arbeitnehmer für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird. Bisher gehörten solche Streitigkeiten, z. B. über eine Konventionalstrafe, welche für den Fall bedungen ist, daß der Arbeiter nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein solches bei anderen Arbeitgebern eingeht oder ein eigenes Geschäft errichtet, nicht zur Zuständigkeit der Gerichte. Die Neuerung ist ein Fortschritt.

In der Organisation der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist eine Verbesserung infolge eingetretener, als der Kreis derjenigen Personen, die zum Mitgliede eines solchen Gerichts berufen werden können, erweitert worden ist. Nunmehr kann gewählt werden, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und zum Amte eines Schöffen fähig ist, doch können auch weibliche Personen berufen werden. Alle weitergehenden Beschränkungen sind gefallen, so z. B. daß das Mitglied keine Armenunterstützung empfangen haben darf, daß es mindestens zwei Jahre im Bezirke des Gerichts wohnt oder beschäftigt ist usw. Besonders wichtig ist die Befreiung des Wählerstimmens, daß weibliche Personen wohl mit wählen, aber nicht gewählt werden konnten. Ihre Zulassung als Mitglieder (das heißt als Besitzer und als Vorsitzende) der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist der größte Schritt, sie an der Rechtsprechung überhaupt zu beteiligen. Der Anhang wurde mit einer Teilnahme an den „Schlichtungsausschüssen“ gemacht, in denen sie sich gut bewährt haben. Es handelt sich jetzt um eine wesentliche Fortführung des Gehaltens der Gleichberechtigung der Geschlechter auch in der Organisation der Rechtsprechung. Das Wahlrecht zu den Beisitzern ist schon durch ein früheres Gesetz vom 25. auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt worden. Es sei aber noch ausdrücklich bemerkt, daß diese Wahlen erst im allgemeinen im vergangenen Jahre stattgefunden haben und es eine Weile dauert, bis sie wiederholt werden.

Das Amt der Beisitzer ist ein Ehrenamt. Doch erhalten sie für ihre Mühewaltung eine Entschädigung, deren Höhe durch das Statut festzusetzen ist. Neu ist nun folgende Bestimmung: „Die Beisitzer aus dem Kreise der Arbeiter erhalten außer der Entschädigung den Unterschied zwischen ihr und dem entgangenen Arbeitsverdienst ersetzt, wenn dieser höher ist als die Entschädigung. Die Zurückweisung der Entschädigung ist unzulässig.“ Rechtsanwälte werden als Prozeßbevollmächtigte oder als Beisitzer vor dem Gewerbegericht und Kaufmannsgericht nicht zugelassen. Das gleiche gilt für Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben. Hier ist folgender Zusatz eingefügt worden: „Zugelassen werden dagegen Vertreter von Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitern, insbesondere Gewerkschaftsbeamte, soweit sie für Mitglieder der vertretenen Vereinigung auftreten und nicht außer für die Vereinigung oder ihre Mitglieder auch für andere Personen vor Gericht gegen Entgelt tätig werden.“

Die Gerichte entscheiden im allgemeinen endgültig. Berufung (an das zuständige Landgericht) ist nur angängig, wenn der Wert des Streitgegenstandes einen bestimmten Betrag überschreitet. Dieser ist jetzt auf fünf tausend Mark festgesetzt worden. Die Anfechtung einer Entscheidung kann auch nicht mehr darauf gestützt werden, daß ein Beisitzer zu den Personen gehöre, die nach den näheren gesetzlichen Bestimmungen nicht berufen werden dürfen. Die Gebühren, die etwas erhöht worden sind, richten sich nach dem Werte des Streitgegenstandes. Sie betragen bei einem Werte bis 20 Mk. einschließlich 150 Mk., von mehr als 20 bis 50 Mk. einschließlich 250 Mk., von mehr als 50 bis 100 Mk. einschließlich 5 Mk. Die ferneren Wertklassen steigen um je einhundert Mark die Gebühren um je 5 Mk. Die höchste Gebühr beträgt 300 Mk. Wird ein zur Beilegung des Streitgegenstandes ausgenommener Vergleich ausgenommen, so wird eine Gebühr überhaupt nicht erhoben, auch wenn eine Verhandlung vorausgegangen ist.

So sehr auch diese bereits mit Ende Januar in Kraft getretenen Verbesserungen zu begrüßen sind, so darf doch nicht davon abgesehen werden, die gründliche Reform der Arbeiterrechtspflege durch Einführung der allgemein obligatorischen Arbeitsgerichte zu fordern. Die gegenwärtigen Einrichtungen sind nur etwas Halbes.

Devisen-Kurse.

Berlin, 11. Februar.

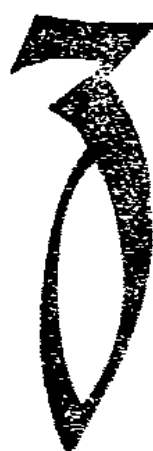
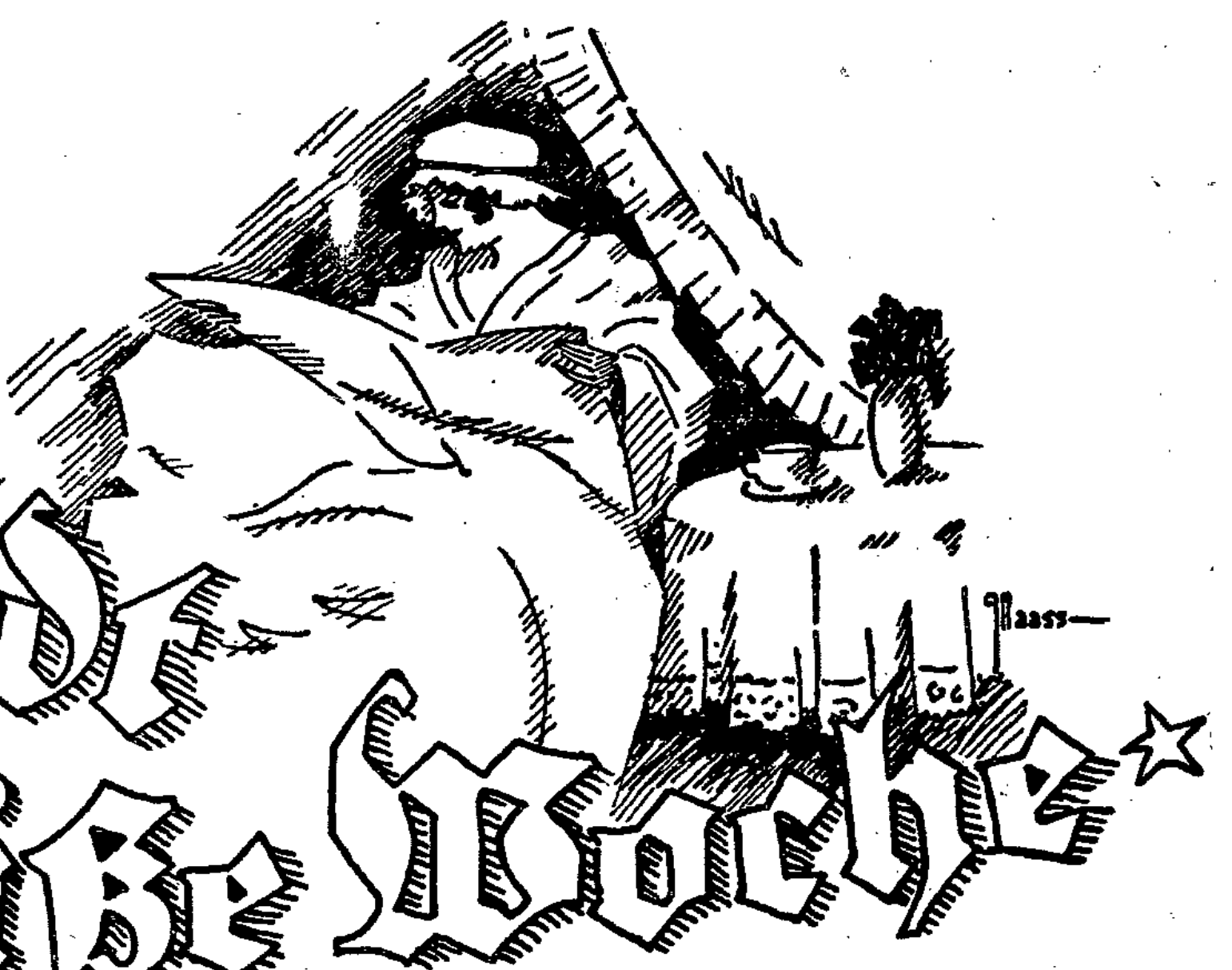
Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	11. Febr.	10. Febr.
Amsterdam	100 fl.	752.50
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	163.35
Kristiania	100 Kr.	8281.70
Kopenhagen	100 Kr.	4085.90
Stockholm	100 Kr.	5174.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	4.005
Rom	100 Lire	869.50
London	1 £	869.10
New York	1 Doll.	199.20
Paris	100 Frs.	1708.25
Zürich	100 Frs.	3001.05
Madrid	100 Pesetas	3131.83
Wien	100 K.	6.83
Budapest	100 K.	80.41
Prag	100 K.	375.10

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freistaat Lübeck und Revision Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schula; für Interat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

13. bis 18. Febr.

Ganzstadt Weiße Woche



um 1. Mal seit sieben Jahren ist es uns wieder möglich, diese vor dem Kriege so beliebte billige Verkaufs-Veranstaltung mit genügenden Warenmengen zustande zu bringen. + Außer allen weißen Waren gelangen auch alle anderen Artikel zu sogenannten billigen WW-Preisen zum Verkauf. + + Mengenabgabe vorbehalten. + + Beachten Sie unsere Inserate und Schaufenster.

Leinen- und Baumwollwaren.

- Hemdentuch, ungebleicht, ca. 80 cm breit... 18.50
- Kretonne, gute Qualität... 19.75 24.50
- Linon, besonders für Leibwäsche geeignet... 26.50
- Körperbarchent, vollgebleicht... 25.—
- Geschirrtücher, rot kariert, 50/50 cm groß... 8.50
- Krepptuch mit farbigem Rand... 12.50
- Küchenhandtücher, gef. u. geb., 100 cm lang... 14.50
- Großkornhandtuchstoff mit roter Kante... 16.50
- Jacquard-Tischtücher, 130/130 cm groß... 74.50
- Mund-Servietten, 60/60 cm... 14.50
- Rissenbezüge, ungebleicht, ca. 75/75 cm... 29.50
- Kissenbezüge, Linon, mit Einsatz u. Fältchen... 52.50
- Bettbezüge, ungebleicht, ca. 130/200... 139.50
- Bettbezüge, Kretonne, sehr haltb. Qualität... 198.50
- Bettbezüge, Ia. Qualität, gestreift Satin... 256.—
- Betttücher, ungebleicht, ca. 130/230 cm... 79.50
- Bettlaken, Grobtuch, ca. 130/230 cm... 108.—
- Kretonne, sehr haltbare Ware, 140 cm breit... 56.50
- Damaß, Deckbettbreite, verschiedene Muster... 75.—
- Ueberschlaglaken, Linon, mit Fältchen... 196.—

Damen-Wäsche + Korsette

- Damen-Taghemden, gute Stoffe, beste Verarb. 39.75
- Damen-Taghemden, gute Stoffe, mit Stickerei 49.50
- Damen-Beinkleider, gute Stoffe... 49.75
- Damen-Nachthemden, Schläpfer, mit Stickerei 95.—
- Untertailen mit Rücken- und Vorderschluß... 19.75
- Untertröde mit Stickerei-Volant... 48.50
- Feinzebröde, mit reicher Stickerei-Garnierg. 185.—
- Hemdhoßen mit Hohlfäumen... 98.50
- Reform-Korsetts mit Trägern, weiß, pa. Dreil 68.50
- Reform-Korsetts ohne Träger, weiß, pa. Dreil 59.50
- Reform-Korsetts o. Träg., weiß, pa. Dreil mit Spirale 63.50
- Büstenhalter aus gutem Hemdentuch... 13.50
- Damen-Hemdchen, feine 2x2 gestr. Qualität... 6.95
- Damen-Hemdchen, feinste Qualität, 70 cm lang 14.75
- Damen-Hemdchöse, Ia. feingestr. Qualität... 32.50
- Damen-Schläpfer, Ia. fein gewirkt, weiß... 34.50

Stickereien + Schürzen + Bänder

- Tierchürzen ohne Träger, mit guter Stickerei 12.50
- Schürzen, Wiener Form, feine Stoffe, reiche St.-Garn. 72.—
- Schwesterchürzen, prima Linon... 59.50
- Emmale Stickerei, gute Qualitäten... 2.25
- Stickerei, ca. 8 Zentimeter breit... 7.50
- Stickerei, ca. 25 Zentimeter breit... 14.75
- Stickerei, ca. 35 Zentimeter breit... 23.50
- Weißes Seidenband, ca. 4 Zentimeter breit... 4.50
- Weißes Seidenband, ca. 5 Zentimeter breit... 5.50
- Schalkragen, schöne Form... 12.50
- Schalkragen mit hübschen Spitzen... 17.50
- Tafels aus Tüll, mit Spitzen... 13.50

Haushalt-Artikel

- Porzellan-Tassen, m. Untert., wh., m. El. Schl. 1.95 1.25
- Porzellan-Untertassen, weiß... 50.50
- Kaffee-Obertassen, weiß... 1.65
- Speiseteller, tief und flach... 2.75 1.95
- Porzellan-Speiseteller, tief und flach... 3.75
- Porzellan-Abendbrot-Teller... 2.45
- Washbecken, groß, creme... 24.50
- Nachtgeschirre... creme 14.75 weiß 11.50
- Sahschüsseln, weiß, 6 Stück im Satz... 27.50
- Porz.-Saffon-Kaffeekannen, gr., wh., reg. Ware 37.50
- Porzellan-Zuckerboxen, weiß... 1.95
- Kumpen, weiß... 2.95 2.25 1.75
- Salatkrüsseln, edig, weiß... 5.95 4.95 2.95
- Fleischplatten, groß, weiß... 8.50
- Aluminium-Kaffeekannen... 47.50
- Alum.-Fleischlöcher, schw. Ware 120.50 107.50 94.50
- Aluminium-Suppenlöffel... 8.75
- Schüsseln, weiß, emailliert... 9.75 7.95
- Eimer, weiß emailliert, 28 cm... 29.50
- Kompotteller, Drehglas... 1.25
- Kompottschüsseln, Drehglas... 2.95 1.95 1.75
- Bierbecher Hansa, 5/20 Ltr. 5.25 4/20 Ltr. 4.75
- Bierbecher mit Kante... 5.75
- Weingläser... 9.75 6.75
- Aluminium-Eßlöffel... 1.95
- Eßlöffel und Eßgabeln, verzinkt... 1.95
- Kofosbese... 6.75
- Rosshaarbesen... 27.50

Taschentücher.

- Herren-Taschentücher Ia. Linon, weiß, mit Ripokante 7.95
- Damen-Taschentücher fein Sw.-Dattf., mit Hohlfaum 3.95
- D.-Taschentücher fein Sw.-Dattf., m. Hohlf. u. gestr. Ede 5.25
- Kinder-Taschentücher gute Linon-Qual., wh., b. Kante 3.45

Gardinen + Bettdecken

- Künstler-Garnitur 2 Schale, 3 überfall 175.— 250.— 350.—
- Tüll-Bettdecken, zweifaltig... 250.— 300.— 375.—
- Gardinen, Meterware... 8.50 16.— 25.—

Damen-Konfektion

- Bluse aus weißem Washstoff, mit Einsätzen 59.—
- Bluse aus weiß. Voile, mit Fichus u. reich. Stid. 99.50
- Bluse aus weißem Vollvolle... 118.—
- Kleid aus weiß. Washstoff, mit farb. Paspel 198.—
- Kleid aus weiß. bestem Vollvolle, mit Hohlf. 298.—
- Kleid aus weiß. V. Voile mit reich. Stid. u. dr. Seidenbandschürpe 450.—
- Kinoerkleidchen weiß V. Voile, mit Stid., f. 2-3. Mäd. hen 89.—

Herren-Wäsche

- Herren-Taghemden, prima Wäschetuch... 89.—
- Herren-Oberhemden, weiß, mit festen Mansch. 114.—
- Umlegekragen, leicht angeschmuhlt... 6.95
- Stedkragen in einzelnen Weiten... 3.95
- Knaben-Kragen für die Konfirmation... 2.95
- Sportkragen gut. Wäschetuch u. Ia. Panama, alle Weiten 6.95
- Weiß. Schleifen und Schleifenbinder... 2.95
- Papier-Kragen... Dhö. 1.—
- Papier-Manschetten... Dhö. 3.—

Handarbeiten.

- Quadrate, Ia. Kamme, Loch und Rischellen... 5.50
- Rissenecken, Ia. Kamme, Loch und Rischellen... 7.—
- Taschentücher, Ia. Kamme, Loch und Rischellen 6.75
- Washstoff-Garnitur, 5te Finnet, leichte Zeich. 14.—
- Rissen, Ia. Kamme, Loch und Rischellen... 25.—
- Decken, 60/60, Ia. Kamme, Loch u. Rischellen 25.—
- Schrankborden, Ia. Körper, gez. Kreuz u. Flachstickerei 6.50
- Büffeltdecken, oval, reich garniert, mit Einsatz 49.50
- Milieu, edig, reich garniert, mit Spitze... 48.—

Papierwaren

- Mappen, 10/10, sehr gut wh. Leinwandpapier, m. Seidenf. 6.95
- Dattf.-Kassette, 25/25, gut. wh. Elfenbeinpapier 13.95
- Kassette, 25/25, weiß, Leinwandpapier m. Seidenf. 17.95
- Krepperviette, 30/30, weiß, gezack 100 Stück 10.—
- Toilettepapier, große Rolle, Krepp... 2.95
- Toilettepapier, große Rolle, glatt... 1.45
- Kaffee-Filterpapier, 40 Blatt, Gr. 18/22 cm 3.95
- Salzyl-Pergamentpapier... 45.—

Kernseife, Doppel-Kiegel 3.75
Feindensqualität, ca. 250 Gramm

Seifenpulver „Hansa“ od. „Goldperle“ 2.65
Patet

Schmierseife, Ia. Qualität 6.75
transfret... pro Pfund

Bohnerwachs pro 12.75 pro 1/3 6.75
Terpentinware, gelb und weiß

Seudel... Stück 2.75

Schneerpulver... Patet 1.25 75.50

Ein großer Posten
Photographie-Rahmen 95.50
zum Ausstehen 4.75 3.75 2.95 1.95

Ein großer Posten
Bilder, gerahmt, unter Glas 2.95
moderne Sujets... 17.50 9.75 3.75

Feine Speise-Schokoladen
 100 Gramm... WW-Preis 6.50 7.50

Prima Kakao WW-Preis pro Pfund 30.—

eigene Verbandstage haben, auf denen die Besonderen beruflischen Kräfte behandelt werden sollen. Das Parlament des gesamten Bundes soll der aus Abgeordneten der einzelnen Reichsgruppen bestehende Bundestag sein. Um die kleineren Berufe nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen, ist für sie sowohl auf den Verbandstagen wie auf den Bundestag eine verhältnismäßig stärkere Vertretung vorgesehen als für die großen. Während Berufsverbände mit über 130 000 Mitgliedern auf je 1500 Mitglieder einen Abgeordneten wählen sollen, sollen Berufsverbände mit weniger als 15 000 Mitgliedern schon auf je 500 Mitglieder einen Abgeordneten zu den Verhandlungen wählen. Auch sonst ist in der bevorstehenden Bundestag auf das Jur-Geltungsbringen der einzelnen Berufsgruppen weitestgehende Rücksicht zu nehmen. So ist zum Beispiel bestimmt, daß neben den Geschäftsführern der Berufsverbände auch die geschäftsführenden und nicht-geschäftsführenden Obmänner der Berufsverbände Mitglieder des Bundesrats sein sollen.

Die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft im Baugewerbe ist, seit der Vorstand des Bauarbeiterverbandes diese Frage aufgeworfen hat, in den einzelnen Bauarbeitergewerkschaften nicht mehr aus der Diskussion verschwunden. Eine Reihe von Verbänden haben dem Zusammenschluß zum Baugewerksbund grundsätzlich bereits zugestimmt. In einzelnen Verbänden hat der Gedanke in den Mitgliebertreffen große Beaehtung ausgelöst. Andere Verbände stehen allerdings der Einheitsgewerkschaft noch ablehnend gegenüber. Die Befandlung der Frage durch den Bundestag der Bauarbeiter trägt hoffentlich auch bei diesen Verbänden zur weiteren Klärung und zur baldigen Entscheidung bei.

Wichtige Gewerkschaftsbeschlüsse.

Bezirkswirtschaftsräte. Eine Konferenz der Gauleiter und Kartellsekretäre von Rheinland und Westfalen in Köln verlangte die baldige Verwirklichung der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben in den Bezirkswirtschaftsräten entsprechend Artikel 165 der Reichsverfassung. Für die Unterstufe des wirtschaftlichen Kreislaufes sind die bestehenden Unternehmensräten zu paritätischen Körperschaften auszubauen. Die Gebiete der beiden Provinzen Rheinland und Westfalen und die lipptischen Wirtschaftskreise sind zu einem Wirtschaftsbezirk zusammenzuführen. — **Wirtschaftsschulen.** Die Errichtung von Wirtschaftsschulen erachtet die Konferenz für wünschenswert zur Auszubildung führender Kräfte im Wirtschaftsleben. Der Weiten Deutschlands erfordert in dieser Beziehung besondere Berücksichtigung. Falls eine Wirtschaftsschule im Westen errichtet werden soll, erachtet die Konferenz es für dringend notwendig, daß dieselbe dorthin kommt, wo geeignete Lehrkräfte vorhanden sind.

Aus aller Welt.

Die deutsche Sprat ist eine schwere Sprat. In Stadthagen verkaufte eine Frau an einen Schlächtermeister ein Schwein und machte den Kauf von der Zusage ihres abwesenden Mannes abhängig. Nach der Rückkehr schrieb der Mann an den Schlächtermeister: „Mit dem Verkauf meiner Frau bin ich einverstanden, das Pfund zu 18 Mark. Holen Sie die Sau ab.“

Gold im Thüringer Wald? Die Goldnot in Deutschland lenkt von neuem die Aufmerksamkeit auf die Goldgewerke Thüringens, die vor mehreren Jahrzehnten wegen zu geringer Ausbeute stillgelegt worden sind. Gegenwärtig ist ein Konsortium in der Bildung begriffen, welches das Goldgewerke auf Steinbaue im Thüringer Wald ausbeuten will. Die technischen Vollkommenheiten im Bergbau machen es wahrscheinlich, daß sich die Ausbeute gewinnbringender gestalten wird als im 16. Jahrhundert.

Rachhaus für einen Schmeigler. Der Landwirt Muffel aus der Wals, der am 17. November vorigen Jahres eine ganze Schafferde von 254 Stück im Werte von 125 000 Mk. um Mitternacht über die Grenze des Saargebietes nachsmuggelt hatte, wurde von der Strafkammer Zweibrücken zu einem Jahre zwei Monaten Zuchthaus und 150 000 Mk. Geldstrafe oder weiteren 8 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Kampf eines Dorfes gegen Wölfe. In der Nacht des 10. Januar wurde die 14 Kilometer von Pöngst liegende Gemeinde Pietrosan in Rumänien von Wölfen überfallen, die mehrere Kinder zerrissen. Die Dorfbevölkerung machte sich mit Säuen und Heilen daran, die Wölfe zu vertreiben. Die Wölfe nahmen aber den Kampf mit der Bevölkerung auf, verletzten 38 Bauern schwer und zerschlachten fünf gänzlich. Es wurde nur ein Wolf getötet. Nicht ein Mensch im ganzen Dorfe hatte eine Waffe. Die Gendarmen hatten sich während dieses entsetzlichen Kampfes in ihre Kasernen eingeschlossen.

Zwanzig Menschen vom Blitz getötet. Bei Beirut in Kleinasien hat ein für jene Gegenden ganz ungewöhnlich starkes Unwetter getötet. In einem Dorf in der Nähe schlug ein Blitz ein und tötete zwanzig Frauen und Kinder. Auch sonst hat das Gewitter namentlich auf den Feldern und an den Obstbäumen gewaltigen Schaden angerichtet. Überall sind die Telegraphenleitungen umgeworfen und der telegraphische und Fernsprechverkehr unterbrochen worden.

25 Tote einer Eisenbahnkatastrophe. Nach einer Meldung aus Helsingfors ereignete sich in der Ukraine ein Eisenbahnunglück, bei dem 25 Personen getötet und 8 verletzt wurden.

Das Urteil im Nordprozess Singh. In dem Berliner Schmutzaktprozess wegen der Ermordung des Inders Sinab

fällte das Gericht folgendes Urteil: Gegen den Angeklagten Arnold vier Jahre Gefängnis, gegen die Angeklagte Frau Singh neun Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Der Antrag des Staatsanwalts lautete: Gegen den Angeklagten Arnold wegen Verhinderung unter Gewährung mildernder Umstände sechs Jahre Gefängnis, gegen die Angeklagte Sinab wegen Verhinderung zum Tode unter Verweisung mildernder Umstände zwölf Jahre Zuchthaus.

Schwere Schneestürme in Serbien. Seit drei Tagen mühen in ganz Serbien Schneestürme. Der Eisenbahnverkehr ist größtenteils unterbrochen; besonders in Bosnien und in der Herzegowina sind viele Ortschaften infolge vollständiger Vermehrung von jedem Verkehr abgeschnitten. Auch in ganz Griechenland kommen heftige Schneefälle vor, die dort seit Menschenedenken nicht eingetreten sind.

Wird eine Übervölkerung der Erde eintreten?

Von Lothar Heberer.

Der „Kampf um den Raum“ hat schon vor so langer Zeit begonnen, daß sie nicht mehr in Zahlen zu fassen ist. Dieser Kampf stellt Völkerverbewegungen dar, die heute nur noch am Erdganz gemeinen werden dürfen, denn die letzten Grenzen des auf der Erde verfügbaren Raumes sind in den Massen des Erdballs gegeben. Eine Ausbreitung des menschlichen Lebens oder eine Beschränkung auf bestimmte Gebiete, sei es infolge klimatologischer oder biogeographischer Verhältnisse, erschöpft sich mit den 510 Millionen qkm, die die Erdoberfläche bilden. 316 Millionen qkm davon sind Wasserflächen. Dazu kommen die beiden unbewohnten Polargebiete, so daß dem Menschen nur noch ein Viertel der Erdoberfläche, also etwa 124 Millionen qkm übrigbleiben. Das ist nur noch das 230fache von Deutschland!

Diesen Raum bedeckt augenblicklich eine Gesamtbevölkerung der Erde, die auf rund 1700 Millionen Menschen geschätzt wird. Davon wohnen mehr als die Hälfte in Asien, ein Viertel in Europa und der Rest in den übrigen Erdteilen.

Steht diesem Raum nun die Menschheit als ein unveränderliches, weder wachsendes noch zahlenmäßig geringeres werdendes Element gegenüber? In der Bevölkerungstheorie spielt das maßhaltige Gesetz eine große Rolle. Dieses Gesetz bringt nämlich in seiner einfachsten Grundform die Bevölkerungszahl eines Landes in Beziehung zu den verfügbaren Mengen von Nahrungsmitteln, also zur Größe und Ertragsfähigkeit der für die Ernährung in Betracht kommenden Anbauflächen. Die Größenzunahme der letzteren und eine gesteigerte Ertragsfähigkeit des bebauten Landes kann nach diesem Gesetz nicht Schritt halten mit der Zunahme der Bevölkerung. Während das Wachstum der Bevölkerung in einer geometrischen Reihe vorwärtsschreitet, also im Verhältnis 1, 2, 4, 8, 16, 32 usw., nimmt die Menge der Nahrungsmittel in einer arithmetischen Reihe zu, also 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 usw. Während sich im Anfang die beiden Reihen nicht ähneln, wird, je mehr Zeit vergeht, das Verhältniß in der Nahrungsmittelmenge immer größer. Dieser Gedanke verleitete zwei treffliche Biologen — vielleicht gerade weil sie biologisch denken konnten — Franklin und Stuart, das Simile eines von ihnen angebotenen Gedankens, nämlich die ganze Erde nur mit Weizen zu bepflanzen, einzulegen. Die Ernährung erfolgt nicht erst heute größtenteils auf Umwegen. Wenn unter primitiven Verhältnissen die ganze Bevölkerung an der Nahrungsbeschaffung teilnimmt und ihre wirtschaftliche Tätigkeit sich hierin beinahe erschöpft, so werden in höheren Kulturen immer mehr Bevölkerungselemente ausgeschoben, deren Tätigkeit der Beschaffung von Kleidung und Wohnung, der Verabreichung anderer, hinsichtlich weniger dringender Bedürfnisse gewidmet ist, und deren Unterhaltung eine Überproduktion von Nahrungsmitteln durch andere Teile der Bevölkerung erfordert. Es wird also eine merkliche Bevölkerungsabnahme in kulturell hochstehenden Ländern gehen, mit andern Worten: in Europa.

Und in der Tat sind die für eine etwaige Übervölkerung der Erde anzuweisenden Zahlenbeispiele fast ausschließlich europäischen Verhältnissen entnommen. Wenn gewisse tendenziell aufgeblasene Reden von der Volksvermehrung, von den Abnahmen dadurch bedingter Völkertatigkeiten sprechen, die mit unabwehrbarer Notwendigkeit kommen sollen, so sind diese Behauptungen durch Zahlen aus europäischen Hochkulturländern belegt. Höchstens greift man zu den in dieser Beziehung wenig verschiedenen nordamerikanischen Verhältnissen.

Vor ungefähr 100 Jahren hatte Deutschland, Elbisch-Lothringen mit eingerechnet, rund 25 Millionen Einwohner. Diese Zahl hat sich bisher auf demselben Raum verdreifacht. Ferner wuchs Englands Bevölkerung von 20 Millionen auf 46, die Frankreichs zwar weniger stark, aber immerhin von 30 auf 40 Millionen. Im umfangreichsten war die Vermehrung der russischen Bevölkerung, die 1880 in ihren europäischen Teilen 80 Millionen, 1914 120 Millionen umfaßte. Die Gesamtbevölkerung Europas hat darnach während der letzten 100 Jahre um etwa 100 Millionen zugenommen. Die Schreckensprophetie der beiden letzten Menschenalter konnte also mit gewissem Recht dazu neigen, die Frage einer Veränderung

* Aus der empfehlenswerten Schrift: Erd und Welt im Neuen Jahrhundert der Erdkunde 1922. Mit 27 Abbildungen und Karten. Preis 9,60 Mk. Stuttgart, Francksche Verlagshandlung.

der Bevölkerungszahl der Erde zu bejahen. Die Bevölkerungszahl der Erde betrug 1000 Millionen Menschen um die Wende des 18. zum 19. Jahrhunderts, 1200 Millionen um die Mitte, 1500 Millionen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Seither stouert die Welt auf die zweite Milliarde zu. Scheinbar widerlegen diese Zahlen Schlagend das Gesetz der Konstanz der Individuenzahl auf Erden, aber in Wirklichkeit kann man daraus höchstens die Gefahr einer drohenden Europäisierung der Erde erkennen. In dieser völkerverzeugenden Kraft Europas liegt der wichtigste Grund seiner hervorragenden Stellung in der Geschichte der Menschheit seit 2000 Jahren. Durch sein Wachstum in Bezug auf die Bevölkerung wird nicht nur das statistische Bild der Menschheit verändert, sondern auch das ethnographische und mit der Zeit das politische und kulturelle. Die Erfüllung der Erde mit Bevölkerung europäischer Herkunft, wie sie seit 300 Jahren sich vollzogen hat, ist das merkwürdigste Beispiel eines höchst folgenreichen Wachstums, dessen letzter Grund die starke innere Zunahme der europäischen Völker auf beschränktem Raume ist. Es besteht eine enge Beziehung zwischen Bevölkerungswachstum und Kultur. Deshalb ist die wirkliche Bevölkerung am liebsten von der möglichen im pazifischen Ozean entfernt, wo nur die Länder Ostasiens eine relativ dichte Bevölkerung besitzen, während Kalifornien, Chile, ganz Australien und Neuseeland sich erst in den letzten Jahrzehnten auffüllten.

Nun gibt es aber nirgends in der Natur ein gleichmäßiges, ununterbrochenes, nur einseitig fortschreitendes Wachstum; vielmehr ist ein stetes „Stirb und Werde“ in ununterbrochenen Wellenbewegungen das Leitmotiv der Welt wie des ganzen Kosmos. Der Mensch macht mit seiner Entwicklung von diesem Gesetz keine Ausnahme. Er trägt wie die gesamte organische Welt den Stempel der Beschränktheit auf die bestimmte Menge, Größe und Raumerfüllung irdischen Stoffes zu allen Zeiten, in allen Teilen. Henry George spricht in seinem Werk „Fortschritt und Armut“ (2. Buch, Kapitel 2) von den sozialen Gründen, die zu einer Annahme der Konstanz der Bevölkerungszahl führen müssen und führt dafür viele Beispiele an. Fragen wir weiter den Sozialen Kritik vom Fach, der an Hand von umfangreichen statistischen Antworten geben wird, so werden wir zu hören bekommen: sogar in Deutschland bilden die Jahre kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges eine Periode mit sinkender Tendenz der Geburtenziffern. Ein weiterer Faktor in dem „Auf und Ab“ der Individuenzahl der Erdbewohner sind natürlich auch die Folgen von größeren Kriegen und Revolutionen, Teilerlöschungen nur im Hinblick auf das Welt-geschehen, aber mächtig genug, um Millionen von Menschen zu vernichten.

Nach all dem Vorstehenden kann also die Frage einer Übervölkerung der Erde auch folgendermaßen lauten: Wird die Bevölkerung der Erde überhaupt je ihr Existenzmaximum, das zweifellos vorhanden ist, überschreiten und wie groß ist dieses? Der Holländer Leuwenhoeck war zu seiner Zeit (Ende des 17. Jahrhunderts) der Meinung, daß die Welt, wenn alle Erdteile so dicht besiedelt wären wie Holland, ungefähr 13 1/2 Milliarden Menschen ernähren könnte. Doch glaubte er selbst nicht recht an diese reichlich phantastische Berechnung. Professor Hermann Wagner bezweifelte sogar, daß die Erde mehr als die doppelte Zahl von Menschen, welche sie heute trägt, also nicht ganz 4 Milliarden, zu ernähren vermag.

Diese beiden Beispiele zeigen, mit welcher Großzügigkeit der Spielraum für die Entwicklung des Menschengeschlechtes festgelegt wurde. Ueberzählig man jedoch die steigenden und fallenden Kurven der Fortentwicklung eines einzelnen Volkes oder einer Nation, die natürlich leichter zu beobachten und einwandfreier festzustellen sind, als die der gesamten Menschheit, da letztere einen erheblich größeren Weite- und Ueberblick erfordern, analog auf die Gesamtbevölkerung der Erde, so werden Tatsachen offensichtlich, die uns von der Wahndung einer Übervölkerung der Erde wegführen zu einem gelassenen Versehen der Völkerverbewegungen, die durch Jahrtausende hindurch in wechselvollem Spiel vor sich gingen und wohl auch weiterhin bleiben werden. Die Natur ist eben eine eben so große Spezialistin wie Gleichmacherin, die dafür sorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der Mensch, der durch die wissenschaftliche Fortschritt in seiner Gottähnlichkeit erschüttert ist, untersteht ihren Gesetzen wie die Vögel im Höhlenwald, wie irgend eine pittoreske Tiefseeabbe am Grunde vom Atlantis und wie die blühende Erika, über die wir an herbstlichen Tagen lächeln. Doch erst der Holaxzeit wird es vorbehalten sein, zu erkennen, wie dankbar wir Menschen dafür sein müssen, daß uns nichts ward als ein nach unabänderlichen Gesetzen doch immer wieder neu zu erkämpfender Platz im Haushalt der Natur.

Neue Bücher.

In der Franckischen Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, sind erschienen:
Rugelwurfmannschaft. Das Training der Leichtathleten und Bogens. Von Sportlehrer H. F. Borchert. 13 Tafeln mit erläuterndem Text. Preis 5 Mk. — **Das Schwimmen im Bild.** Reihen- und Handüberhandschwimmen (Brust-, Seiten-, Rücken- und Handüberhandschwimmen) mit erläuterndem Text von Fritz Peter. Preis 5 Mk. — **Schwergewicht im Bild.** Das erfolgreichste Trainingsmittel des Fußballspiels, Leichtathleten und Bogens. Vom Sportlehrer H. F. Borchert. Preis 5 Mk. — **Zusätzlicher Leitfaden für Bogens und Bogensport.** Von H. F. Borchert, gepr. Sportlehrer. Zum Selbstunterricht und Gruppensport. Preis 6 Mk.

Ladenhaus
auf dem Holstentorplatz.
Der an der Bahnhofstraße zwischen dem alten Bahnhofsgebäude und der Straße Auf der Wallhalbinsel gelegene Platz soll für die Errichtung eines Ladenhauses vermietet werden.
Reservanten wollen sich im Bureau — Fleischhauerstraße 18, Zimmer Nr. 6 — melden.
Lübeck, 12. Februar 1922. (18011)

Die Finanzbehörde.
Abteilung für Häuser und Miete

Benennung
betreffend Aufstieg der Begabten.
Eltern, die ihre die 4. Volksschulklasse besuchenden besonders begabten Kinder einer 4. Sonderklasse der Mittelschule zu führen wünschen, sowie solche Eltern, die den Wunsch haben, ihre besser begabten Kinder aus der 4. Mittelschulklasse in eine höhere Schule übergeben zu lassen, haben diesbezügliche Anträge bis zum 17. d. Mts. bei der Leitung derjenigen Schule einzureichen, in der sich ihre Kinder gegenwärtig befinden. (18016)
Lübeck, d. 11. Feb. 1922.
Die Oberschulbehörde.

Morgenmädchen od. Frau gesucht. (18/20)
Schnellig, 88. Pt.
Wer gibt Roten-Rt. u. Gärten ab? Ana. unter W & a. d. Exp. (18011)
G. D. Mackenrodt, b. s. v (18015) Gevedesstr. 5. Pt.
Biing
sind noch
Gohlen und Abfälle
in 1 Tag fertig zum Abholen.
Erstkl. Gummi-Absätze.
Johs. Voss,
(18006) Hüxstr. 90.

Kraft. Arbeiterinnen
nicht unter 18 Jahren, werden sofort eingestellt (18029)
Wilhelm Bade,
Büchsenfabrik, Räucherer u. Prateret.
Schlutup, Hafenstraße 7.
Papiere sind mitzubringen!

Siedlung und Kleingarten.
Vierseitige Zeitung in Kupfer- und Tiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur sechzig Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Schildstr. 5. Schildstr. 5.
Preise bedeutend gestiegen für
Lumpen, Eisen, Knochen, Papier, Zeitungspapier, Weinflaschen, Metalle
sahlt die höchsten Tagespreise. Rohwende Rollen werden abgeholt. (18010)
F. Lissauer, Schildstr. 5.

Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft
e. G. m. b. H. (12977)
Fernr. 8423 Lübeck Mengstr. 28
eröffnet sich zur Ausübung von **Erd-, Maurer-, Zimmerer-, Klempner-, Dachdecker- und Asphaltarbeiten, Tischler-, Maler- u. Anstreicherarbeiten** sowie Übernahme ganzer Gebäude in **General-Unternehmung.**
Anfertigung v. Zeichnungen, statischen Berechnungen und Kostenanschlägen.
Die höchsten Tagespreise für **Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.** erhalten Sie bei (12941)
Selig L. Cohn,
Wahmstraße 62. Telephone 2153.

TROCADERO
Schüssebuden 4. (18021) Telephone 787.
Am Mittwoch, dem 15. Februar 1922:
Gr. rheinisches Winzerfest
unter Mitwirkung der beliebten **Weberus - Kapelle.**
Glaswasser Ausschank vom „Reidelberger Fab“.
Tischbestellungen rechtzeitig erbeten.

Gelegenheitskauf
aus Heresbeständen der Besatzungsgruppen für **Landwirte, Kutscher, Radfahrer, Arbeiter** im Freien, gut erhalten, wasserdichte, strapazierbare
Gummi-Pelzröcken
Größe 92/105, per Stück Mk. 115. — u. Mk. 135. — vor- und verpackt, liefert per Nachnahme, solange Vorrat. **K. Nusser, Stuttgart.** Schwabstraße 129. Postfach 6841. (18008)

Wie bekannt
zahle ich die höchsten Tagespreise für **Lumpen, Eisen, Knochen, Papier, geb. Zeitungen, Flaschen, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Zelle u. Haare** bei reeller Abnahme. (18024)
S. Kramer, Straßenstraße 18.

3 Tage Rennen

können Sie, und Sie werden eine Schuh-Reparatur und Stepperei, Großbetrieb, mit separatem Wartezimmer wie Hauptstraße 60, nicht treffen. Sie können auf Ihre Schuhreparaturen, wie Beföhlung, Abfäße mit oder ohne Gummi, Steppereien usw. im separaten Wartezimmer gemütlich warten.

Robert Jentzen

Leder- und Schuhbedarfs-Artikel,
„Reform“, Schuhreparatur- u. Stepperei
50 Huxstraße 50.
Fernruf 2873. a1906

Bekanntmachung.

Um einem Einfrieren der Wasserleitungen vorzubeugen, bitten wir viele Hausbesitzer und Mieter - den gesetzlichen Vorschriften zumider - durch Öffnen der Wasserhähne und sonstigen Vorkehrungen das Gefrieren des Leitungswassers abzuwenden zu lassen. Dadurch kann die Sicherheit einer ungestörten Wasserversorgung erheblich gefährdet werden. An die Bewohner der Stadt und der Vorstädte ergeht daher die dringende Aufforderung im öffentlichen wie im eigenen Interesse, die oben erwähnten Maßnahmen zu unterlassen. In den Häusern, in welchen eine besondere Vorsorge wegen Einfrierens der Leitung besteht, empfiehlt es sich, den Wasserhahn der Nacht abzuwenden und die Leitung in allen ihren Teilen zu entleeren.
Lübeck, 27. Jan. 1922.
Die Betriebsbehörde.

Frische große
Norweg. Heringe.
Paul Lohrmann
1822) Hundestr. 95.

Metalle
Kupfer, Messing, Zinn,
Zink, Bronze, Stahl,
Eisen, Blei, Zinn,
Glas, Holz, Stein,
Kunststoffe, etc.
St. Annenstraße 12.
1892

Schirmreparatur
Ed. Teßmann
12999) Hundestr. 45.

Zelle,
Kuchen, Marmelade,
Süßigkeiten, etc.
Isaac Frankenthal
Lübeck, Beckergänge 53.
Fernsprecher 8241.
Sonnabend, geöffnet.
Bitte genau die
Adressen zu beachten.

Neue Ausgabe
gültig ab 1. Januar 1922.
Die Einkommensteuer
von Arbeitelohn
(Lohnsteuer)
Von Wilhelm Kell.
Preis Mk. 4.50.
Buchhandlung des
Lübeker Volksheils.

ECHTE Walthorius Hienfong - Essenz
extrastarke
(Destillat) 12 Fl. Mk. 50.-, bei 24 Fl. Mk. 100.- fr. u. inkl. Zu haben in
Apotheken u. Drogerien. Herst. Lab. E. Walthor, Halle S.-Trotha 149 (1899)

Stadt-Theater Lübeck.

4. März! Festvorstellung: 4. März

Orpheus in der Unterwelt.

Einmalige Aufführung!
Orpheus: Kammersänger Waldemar Henke-Berlin.
Der Reinertrag ist für eine Neuausstattung der Oper
„Freischütz“
bestimmt, die am 29. April 1922 zum ersten Mal
in Lübeck gegeben wurde und in einer neuen
Inszenierung u. Neueinstudierung am 29. April 1922
als 100-Jahrfeier an derselben Stelle in Szene
gehen soll.
Eintrittspreise für die Aufführung: „Orpheus
in der Unterwelt“ am 4. März:
100.- 90.- 80.- 70.- 50.- 40.- 30.- Mk.

Nach der Vorstellung:
Großer Gesellschafts-Abend
in sämtlichen Räumen des Städtischen Saalbaues.

„Im Olymp“ „Jupiter und seine Götterschar“

Eintritt nur für Besucher der Vorstellung „Orpheus“
gegen besonderes Eintrittsgeld von Mk. 30.-.
Die Besucher der Vorstellung „Orpheus in der
Unterwelt“ haben gleichzeitig ein Vorverkaufsrecht
auf die Festvorstellung am 29. April: „Freischütz“.
Preise für diese Vorstellung:
50.- 40.- 35.- 30.- 20.- 15.- 10.- Mk.
Billetvorbestellungen für diese Veranstaltung ab
24. Februar an der Theaterkasse. (18004)

Das Festkomitee:
Frau Prof. Dr. Hartmann, Frau Senator Vermehren,
Herren: Dr. Emanuel Benda, Direktor Paul v. Bor-
gardt, Bankdirektor Bruno Goldenberg, Museums-
direktor Carl G. Heise, Franz Holtmann, Vizeadmiral
Exzellenz Robert Kühne, Bankdirektor Philipp
Martens, Dr. A. Pomianowski,
Korvettenkapitän Ernst Teglmeyer.

Zentralhallen.
Morgen Dienstag: (18023)

Großes Tanzfränzchen.
Sonntag, 19. Febr.: Große Volks-Maskerade.

Hochofenwerk!

Verammlung
aller gemäßigten und ent-
lassenen Kollegen
am Dienstag, dem 14. Februar 1922,
nachmittags 4 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“.
Es gilt, unsere Interessen gegen das Hoch-
ofenwerk geltend zu machen.
Alle Kollegen müssen erscheinen!
18017) Der Einberaier.

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Verammlung
am Dienstag, dem 14. Februar
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: (18025)
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1921.
2. Bericht vom Ortsausschuss.
3. Wahl von Generalparlamentarierern.
4. Wahl der Revisoren.
5. Berichtbericht.
Jahresfest-Geschehen erwartet
Die Geschäftsleitung

Billige Februar- Angebote in weissen Waren.

Neue Beweise unserer ausser-
ordentlichen Leistungsfähigkeit!

- Weisse Voile-Blusen mit farbige, Hand- 43⁵⁰
stich garniert...
- Weisse Kostümröcke a. leinenart. Stoff 49⁵⁰
mit Stepperei...
- Weisse Frotté-Röcke mit Falten und 69⁵⁰
Knopf-Garnitur.
- Damen-Untertaillen mit Stickerei- 11⁷⁵
Garn, 14.75
- Damen-Untertaillen mit Hohisaum- 21⁰⁰
Garnierung...
- Damen-Taghemden aus gut. Wäsche- 49⁰⁰
tuch
- Damen-Taghemden mit breiter 69⁰⁰
Stickerei
- Damen-Beinkleider mit Hohisaum u. 55⁰⁰
feiner Stickerei
- Herren-Taghemden aus gutem kräft. 85⁰⁰
Wäschtuch...
- Sportkragen mit feinen farbigen Streifen 6⁵⁰
- Dauerkragen mit Eckchen..... 9⁵⁰
- Weisse Herrenkrawatten Schiel- 4⁷⁵
ten ..
- Büstenhalter zum Schnüren..... 16⁷⁵
- Korsette aus starkem cremefarbigem Stoff 36⁰⁰
- Korsette aus weissem Dreil..... 47⁵⁰
- Weisse Stickerei-Schürzen m. Träg. 18⁷⁵
19.75
- Kinder-Hängeschürzen weiß Batist 18²⁵
20.75
- Schulschürzen weiß Batist mit Stickerei 15⁰⁰
16.75
- Weisse Damenstrümpfe engl. 9⁷⁵
lang...
- Kinder-Röckchen m. Leibchen, gestrickt 18⁵⁰
- Kinder-Höschen gestrickt 9⁵⁰
- Kinder-Taschentücher kariert ... 2⁵⁰
4.50
- Damen-Taschentücher m. gestickt 4⁷⁵
Ecke
- Damen-Taschentücher mit Langnetzen 4³⁰
u. gest. Ecke
- Tüllgardinen doppelseitig gebändert..... m 8³⁰
- Gardinenfallen Erbstüll mit Velant m 8⁵⁰
- weisse Voile ca. 110 cm breit..... m 49⁵⁰
- Crêpe-Voile weiss und lila, ca. 90 cm breit, m 39⁵⁰
kräftige Qualität, ca. 80 cm
- Hemdentuche breit m 21⁷⁵
24.00
- Körperbarchent weiss, ca. 78 cm breit..... 26³³
- Linon für Kinderbettbezüge, ca. 100 cm breit..... m 29⁰⁰
- Handtuchstoffe weiss Gerstenkorn mit roter 19⁵⁰
Kante oder rot/weiß kar.
- Wäsche-Stickerei ca. 21/2 cm breit ... m 2³³
- Wäsche-Stickerei ca. 4 1/2 cm breit, gute 7⁵⁰
Ausführung
- Stickerei-Volants in vielen schönen Mu- 17⁵⁰
stern m 21,50
- Zwirnspitze ca. 6 cm. breit..... m 3⁷⁵
- Klöppelspitze rein Leinen, ca. 6 cm br 6⁷⁵

Auf den Auslagetischen:
Damen-Kragen und Jabots
z. T. leicht angestaut
SERIE I: 2⁹⁵ SERIE II: 6⁷⁵ SERIE III: 8⁷⁵
Stück... Stück... Stück...

Holstenhaus

Lübeck * Des leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann * G.m.b.H.
Morgensnabgabe vorbehalten.

„Ich war am ganzen Leib mit
Flechten
be-
haftet, welche
mich durch das ewige
Juden-Lag u. Nacht peinligten.
In 14 Tagen hat Zucker's
Patent-Medizin-Salbe das
Uebel beseitigt. Diese Salbe
ist Hunderte wert. Gerg. M.
Dazu Zucker-Creme (nicht
fettend u. fetthaltig). In allen
Apotheken, Drogerien und
Parfümerien erhältlich.
(18000)

Heilmagnetisches
Institut.
Behandlungen aller
Krankheiten,
spez. Nervenleiden.
Sprechst. Donnerstage
und Freitags.
Lisa Elend.
18000) Hansastr. 111.

Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
(18014)

Versammlung
der Formier
am Dienstag, d. 14. Februar
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus
Die Tagesordnung wird
in der Versammlung be-
kannt gemacht.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungs-
verein Lübeck.

Vorstellung im
Stadttheater
am Sonntag, dem 19. Februar
nachmittags 2 Uhr

Tannhäuser
Oper von W. Wagner.
Preis der Karte 7 Mk.
Die Ausgabe der Kar-
ten nur für Mitglieder
erfolgt am Dienstag,
dem 14. Februar, abends
von 6 1/2 - 8 Uhr im Ge-
werkschaftshaus. (18018)
Der Vorstand.



Tarnow-Abend.
Vorstellungen am: Bur-
dover u. Köster Kinder-
mann. Tarnow bringt sin-
baden jährl. vor.
Preis 4.- u. 80 Wfg. Stü-
ck für Nichtmitglieder 5.- u.
1.- Stuer. Karten sind
in de Gilmstr., Rohan-
nistr. 15 u. a. d. Abend-
loff zu hebben. (18007)
Nächster Abends
Donnerstag, 18. Febr.,
abends 8 1/2 mit
Kolloseum.

Hansatheater.
Heute Montag und
morgen Dienstag
(18019) 7 1/2 Uhr:
Die spanische Nachtigall
Vorangeige.
Freitag, 17. Februar,
8 Uhr:
Einmaliges Gastspiel
des berühmten
Petz-Kainer-Balletts.

Stadttheater Lübeck
Montag, 18. Febr., 7 1/2
Geschlossene Vorstellung.
Dienstag, 14. Febr., 7.30
Figaros Hochzeit.
25. Ab.-Vorst. Sch. t. A.
Mittwoch, 15. Febr., 7.30
Kallerina des König-
Neubert. Gastspiel von
Eva-Alice Cronh.
25. Ab.-Vorst. Sch. t. A.
Donnerstag, 16. Febr., 7 1/2
Göt. v. Verlichtungen
28. Ab.-Vorst. Sch. t. A.
(18006)